

Stadtparlament

Wortprotokoll

11. Sitzung der Legislatur 2019 - 2023

Dienstag, 3. November 2020, 19:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz: Lukas Auer, Parlamentspräsident

Entschuldigt: Bill Mistura, Parlamentarier
Esther Straub, Parlamentarierin

Anwesend Stadtparlament: 28

Anwesend Stadtrat: Dominik Diezi
Dieter Feuerle
Michael Hohermuth
Luzi Schmid
Jörg Zimmermann

Protokoll: Nadja Holenstein, Parlamentssekretärin

Traktanden

11/1. Mitteilungen

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK)

11/2. Motion Energiewende jetzt, Daniel BACHOFEN, Cornelia WETZEL, beide SP/Grüne und
Migga HUG, CVP/EVP
Beantwortung, Beratung, Beschlussfassung

11/3. Postulat Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeiten von Migga HUG,
Lukas AUER, Esther SRAUB, Myrta LEHMANN und Aurelio PETTI, alle CVP/EVP
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung

11/4. Postulat Solidarität mit Gewerbebetrieben der Stadt Arbon von Pascal ACKERMANN,
SVP
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung

11/5. Postulat Unterstützung Vereine bei COVID19 Härtefällen von Daniel BACHOFEN,
SP/Grüne
Stellungnahme, Beratung, Beschlussfassung

11/6. Interpellation Fonds für energiepolitische Massnahmen von Daniel BACHOFEN,
SP/Grüne, und Ruedi DAEPP, SVP
Beantwortung

11/7. Ergänzungswahlen in Wahlbüro
Rücktritt Susanne Bachofen, SVP und René Gähler, XMV

11/8. Fragerunde

11/9. Informationen aus dem Stadtrat

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Vertreter der Medien und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Parlamentssitzung hier im Seeparksaal Arbon. Bevor wir mit der Sitzung beginnen, möchte ich euch darauf aufmerksam machen, dass gemäss den Erläuterungen der COVID-19-Verordnung für besondere Lage vom 29. Oktober 2020 folgendes festgehalten wird: "Schliesslich gilt die Maskenpflicht auch für Innenräume, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern diese Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind." Ich bitte Sie daher, die Masken zu tragen. Während der Wortmeldungen dürfen die Masken vor dem Mikrofon abgezogen werden.

Wir als Volksvertreter müssen ein Vorbild in sehr vielen Dingen sein. Zum Beispiel dürfen wir, im Ausgang oder an Festen nicht negativ auffallen. Es ist immer etwas Anderes, wenn eine Person auffällt oder ein Politiker. Medial zeigt sich dies immer wieder. Wir müssen auch als Vorbild fungieren, wenn es um Vorgaben des Bundesrats im Zusammenhang mit Corona geht. Gern möchte ich auf Schlagzeilen wie «Stadtparlament hält sich nicht an BAG-Richtlinien» verzichten. Unsere Aufgabe ist es nicht, zu diskutieren, ob es das Virus gibt oder nicht oder wie wir die Massnahmen des Bundesrats finden. Die Leitplanken sind gestellt und wir können uns mit unserer Arbeit innerhalb dieser Leitplanken bewegen. Wir brauchen hier im Parlament keine Corona-Verschwörer oder Panikmacher, aber auch keine Personen, die noch schärfere Vorgaben möchten, als dies vom Bundesrat vorgelebt und vorgezeigt wird. Die Vorgaben sind also klar und ich bitte euch, euch an diese zu halten. Wir müssen solidarisch miteinander die Situation bewältigen. Wir sind hier, um unsere politische Arbeit zu erledigen und die traktandierten Vorstösse zu behandeln und das Beste für Arbon zu entscheiden.

Ich bitte die Parlamentssekretärin Nadja Holenstein um den Namensaufruf.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 28 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.
Das absolute Mehr beträgt 15.

Aufgrund der Abwesenheit von Esther Straub, CVP/EVP, wird Reto Neuber, CVP/EVP, einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme für die heutige Sitzung al Stimmenzähler gewählt.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste?

Silke Sutter Heer (FDP/XMV: Ich stelle im Namen der Fraktion FDP/XMV folgenden Antrag: Das Traktandum 11.3 soll zu 3a und das Traktandum 11.5 zu Traktandum 3b werden.

Eine kurze Begründung hierzu: Bei beiden Traktanden geht es um Postulate betreffend Unterstützung von Vereinen im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Corona-Krise. Während das erste Postulat eine Verteilung von Geldern im Sinn des Giesskannenprinzips vorsieht, geht es im zweiten auch um die Unterstützung der Vereine mit Jugendarbeit, die nachweislich in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Im Kern geht es also in beiden Geschäften um die gleiche Sache, wobei ein anderer Verteilansatz gewählt worden ist. Die FDP/XMV-Fraktion ist klar für eine Unterstützung dieser Vereine, aber ebenso klar gegen das Giesskannenprinzip des ersten Postulats. Wir sind daher der Meinung, es sollten die beiden Traktanden und damit Postulate gleichzeitig diskutiert, aber nicht gleichzeitig über diese

abgestimmt werden, damit jeweils im gleichen Votum die Vor- und Nachteile der einzelnen vorgeschlagenen Vorgehensweisen aufgenommen werden können.

Bevor ich Sie bitte, diesen Antrag anzunehmen, eine kurze Erläuterung: Die Idee ist, dass natürlich die Postulanten tatsächlich zuerst zum einen Postulat referieren können, dann zum Zweiten. Dann wird man gemeinsam über beide diskutieren, weil es ja im Grundsatz zuerst über den Entscheid geht, ob man das will oder ob man das nicht will und dann um den Modus Operandi. Es macht für die FDP/XMV einfach keinen Sinn, wenn wir das auseinandernehmen, uns dann bei der zweiten Runde wiederholen und was uns ja vor kurzer Zeit schon einmal passiert ist, das Kind mit dem Bad ausschütten, indem am Schluss beide abgelehnt werden. Deshalb wäre für uns eine Auslegeordnung betreffend die inhaltliche Umsetzung des Postulats sinnvoll, wobei ich mir sehr wohl bewusst bin, dass der Stadtrat nachher natürlich entscheiden kann, wie er das will. Aber die Postulanten sollten ein Interesse daran haben, dass wir heute auch inhaltlich über den von uns gewünschten Modus Operandi und die Verteilungsgrundsätze diskutieren, deshalb würden wir das gern in einem Aufwasch diskutieren, diese Auslegeordnung haben und dann schlussendlich, aber natürlich über diese zwei Postulate separat abstimmen. Deshalb habe ich auch nicht beantragt, dass daraus 3 und 4 wird, sondern 3a und 3b, damit diese Ähnlichkeit doch zum Ausdruck kommt. In diesem Sinn möchte ich Sie bitten, dem gestellten Antrag zu folgen und diesen zu unterstützen. Vielen Dank.

Lukas Graf, SP/Grüne: Wir lehnen diesen Antrag ab, und zwar deshalb, weil es zwei verschiedene Vorstösse sind. Natürlich haben sie dieselbe Stossrichtung, aber sie wurden so traktandiert. Ich hätte jetzt noch akzeptieren können, wenn man einfach die Reihenfolge hätte ändern wollen, dass man diese nacheinander behandelt, aber wenn es darum geht, sie quasi zusammen zu diskutieren, sind wir da nicht einverstanden. Wir haben uns entsprechend auch anders vorbereitet. Zwei Abstimmungen braucht es sowieso, es sind zwei verschiedene Vorstösse, wenn auch mit derselben Stossrichtung, daher sind wir dagegen, diese zu einem Traktandum zu verschmelzen.

Abstimmung

Der Antrag von Silke Sutter Heer, FDP/XMV, wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Traktandenliste wird wie vorliegend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Für die heutige Sitzung haben Sie folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 8. September 2020:

- Motion „Energiewende jetzt“ von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne und Michael Hug, CVP/EVP, die Beantwortung
- Postulat „Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeit von Michael Hug, Lukas Auer, Esther Straub, Myrta Lehmann und Aurelio Petti, alle CVP/EVP, die Beantwortung
- Postulat „Solidarität mit Gewerbebetrieben der Stadt Arbon“ von Pascal Ackermann, SVP, die Beantwortung
- Postulat „Unterstützung Vereine von COVID-19-Härtfällen“ von Daniel Bachofen, SP/Grüne, die Beantwortung
- Interpellation „Fonds für energiepolitische Massnahmen“ von Daniel Bachofen, SP/Grüne und Rudolf Daep, SVP, die Beantwortung

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der letzten Parlamentssitzung vom 29. September 2020 der Legislatur 2019-2023 ist genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung ist folgender parlamentarischer Vorstoss eingegangen:
Postulat „Nutzung Schwimm- und Strandbadgelände im Winter“ von Cyril Stadler, Peter Künzi, André Mägert und Riquet Heller, alle FDP/XMV.

Dieser geht nun in Zirkulation.

Mitteilung aus der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK):

Cyrill Stadler, FDP/XMV, Präsident FGK: In ihrer Funktion als vorberatende Kommission für Budget und Rechnung führt die FGK einen Prüfplan für weitere Themen. Es werden zu den Themen jeweils kleine und effiziente Subkommissionen gebildet. Wir haben aktuell eine Prüfung zum Thema Personalpolitik abgeschlossen. Der Prüfbericht geht nun an den Stadtrat, und wir werden auch das Parlament in geeigneter Form bedienen. Aktuell gestartet haben wir noch zwei weitere Bereiche: Den neuen Zivilschutzvertrag, Regelungen, Abrechnungen, Sitzungsgelder Stadtrat. Die zweite Subkommission ist ein Input aus der Prüfung der Rechnungsprüfungskommission, welchen wir bei uns aufgenommen haben. Geplant sind noch je eine Subkommission zum Thema Kostenteiler bei Verbundprojekten und Beitrags- und Gebührenreglement. Dieses wurde zuletzt 2014 geprüft, an dieser Prüfung möchten wir nun anschliessen und weitermachen. Wie eingangs erwähnt, folgt anlässlich der nächsten Parlamentssitzung ein Bericht über die Personalpolitik.

2. Motion Energiewende jetzt, Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne und Michael Hug, CVP/EVP

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Die Motion «Energiewende jetzt» von Daniel Bachofen, Cornelia Wetzel, beide SP/Grüne, und Michael Hug, CVP/EVP, wurde am 17. September 2019 eingereicht. Die Beantwortung des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen vom 8. September 2020 erhalten. Heute geht es um die Erheblicherklärung der Motion. Wird die Motion erheblich erklärt, hat der Stadtrat dem Stadtparlament innert sechs Monaten eine entsprechende Botschaft vorzulegen. Andernfalls gilt das Geschäft als erledigt.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Das Thema Energiewende hat in den letzten Wochen etwas an Medienpräsenz verloren. Aus verständlichen Gründen beschäftigt uns Corona zurzeit wesentlich mehr. Trotz allen Einschränkungen und Schäden, die COVID verursacht, längerfristig wird uns die Klimaproblematik wohl eher noch mehr beeinflussen.

Arbon ist seit längerer Zeit Energiestadt und wir dürfen stolz sein auf das, was wir im Bereich Energie bereits erreicht haben. In den letzten Jahren sind die Fortschritte aber eher klein geblieben und es ist an der Zeit, hier mit neuem Elan vorwärtszugehen. Auch dem Stadtrat ist die Energiewende ein Anliegen und er beantwortet unsere Motion denn auch auf eine entsprechend wohlwollende Art. Wir möchten ihm an dieser Stelle unseren herzlichen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen.

Etwa zwei Drittel des Parlaments hatten die Motion mitunterzeichnet. Besten Dank auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Unterstützung unseres Anliegens. Sie haben damit sicher auch zum Ausdruck gebracht, dass Ihnen das Thema wichtig ist. Positiv ist mir aufgefallen, dass der Stadtrat klar sagt, dass wir in Arbon noch lange nicht am Ziel sein werden. Auch nach Erreichen des Energiestadt-Goldlabels wird es weitere Anstrengungen brauchen, um die Klimaziele in Arbon umzusetzen. Liest man die Antwort des Stadtrats etwas genauer, so stellt man leider fest, dass er zwar mit der Stossrichtung der Motion einverstanden ist, inhaltlich aber

bei praktisch keiner der Forderungen wirklich Handlungsbedarf sieht oder tatsächlich etwas unternehmen will. Unsere Motion verfolgt zwei Ziele.

1. Instrumente zu installieren, die helfen, in Arbon die Energiepolitik in die richtige Richtung zu bewegen und ihr neuen Schub zu geben.
2. Bei der Photovoltaik ein einfaches Förderprogramm zu installieren, das Arbon bei der Energieerzeugung einen wesentlichen Fortschritt bringt.

Unsere erste Forderung zielt darauf ab, dass die Reduktionsziele für Arbon politisch verankert und konkret definiert werden. Zudem soll über die Erreichung der Ziele regelmässig berichtet werden. Diese Forderungen stimmen praktisch eins zu eins mit der Checkliste der 2000-Watt-Gesellschaft überein, deren Ziele sich Arbon schon länger auf die Fahne geschrieben hat. Der Stadtrat hingegen findet dies unnötig, weil es bereits auf nationaler Ebene Vorgaben gibt. Im Gegensatz zum Stadtrat glaube ich, dass es durchaus an uns in Arbon liegt, diese Ziele auf unseren Kontext herunterzubrechen. Der Prozess der Zieldefinition ist immer auch eine Chance zu verstehen, wohin man will, was realistisch ist und welche Massnahmen nötig sind, um dorthin zu kommen. Positiv zu bewerten ist, dass der Stadtrat ca. alle vier Jahre den Absenkpfad überprüfen will. Ohne definierte Ziele wird es aber schwierig sein zu bewerten, wie gut wir in Arbon die Ziele auch erreichen.

Die politische Verankerung des Klimaziels in der Gemeindeordnung ist keine Forderung, die komplett verkehrt ist. Vor Kurzem hat Rapperswil dies gerade getan, und in Arbon könnten wir dies gut im Zusammenhang mit einer Überarbeitung der Gemeindeordnung angehen. Auch bei der Eignerstrategie für die Arbon Energie AG sieht der Stadtrat keinen Handlungsbedarf. Ich möchte vorausschicken, dass ich von der Arbeit der Arbon Energie einen sehr guten Eindruck habe. Der Geschäftsführer Silvan Kieber ist mit sehr viel Herzblut und Engagement dabei, und auch bei anderen Kontakten mit den Mitarbeitenden bekommt man den Eindruck, dass das Unternehmen einen guten Job macht. Auf der anderen Seite wäre es wünschenswert, dass die Arbon Energie noch proaktiver dazu beiträgt, Arbon im Bereich nachhaltiger Energie weiterzubringen. Ohne einen klaren Auftrag der Stadt als Eigentümerin ist die aktuell eher zurückhaltende Position ein Stück weit auch nachvollziehbar. Hier wäre eine klare Vorgabe von Seiten der Stadt sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Zuletzt zu unserem Wunsch, in Arbon die Installation von Photovoltaikanlagen zu fördern: Wiederum greift aus meiner Sicht die Argumentation des Stadtrats etwas zu kurz. Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass PV-Anlagen bereits heute wirtschaftlich sind. Der Break-even ist allerdings oft erst nach 15 oder mehr Jahren erreicht. Zudem rechnen sich die Anlagen primär für den Eigenbedarf. Dies führt dazu, dass oft nicht die maximal mögliche Leistung installiert wird. Viel wichtiger aber ist, dass wir in Arbon noch viel mehr Potenzial hätten. Das Beispiel Amlikon zeigt, dass mit einem einfachen Fördermodell dieses Potenzial auch realisiert werden kann. Ich glaube auch, dass diese Förderung durchaus mehrheitsfähig wäre. Unser Vorschlag zeigt, dass eine vierköpfige Familie jährlich mit etwa CHF 21 belastet würde und man damit die Vergütung verdoppeln könnte. Mit dieser Massnahme könnten wir in fünf Jahren zwei bis drei Mal mehr PV-Strom produzieren. Es bleibt mir also unverständlich, wieso man angesichts dieses Hebels trotzdem darauf verzichten will. Würde man dies auch noch damit kombinieren, dass das Programm «Mein Quadratmeter Sonne» von Arbon Energie nicht nur auf 3 Quadratmeter pro Strombezüger beschränkt ist, so könnten schlussendlich auch Arboner partizipieren, die in einer Mietwohnung leben.

Ich komme langsam zum Schluss. Natürlich schätze ich die wohlwollende Grundhaltung in der Antwort des Stadtrats. Dieser steht aber eine Passivität gegenüber, die mir schleierhaft bleibt. Sehr geehrte Stadträte, beim Klimawandel und der Energiewende reicht eine positive Grundhaltung einfach nicht mehr aus. Es geht darum, das zu tun, was machbar ist. Es ist meine Überzeugung, dass alle Vorschläge mit vernünftigem Aufwand realisierbar wären und Arbon in die richtige Richtung bewegen würden. Ich bin aber froh, dass der Stadtrat bei der Interpellation zum Energiefonds mehr Tatkraft zeigt.

Nun noch ein paar Worte zu den formalen Mängeln, auf die der Stadtrat aufmerksam macht: Etwas unglücklich dabei ist, dass der Stadtrat für die Beantwortung beinahe ein Jahr gebraucht hat und dann zum Schluss kommt, dass die formalen Mängel eine Überweisung verunmöglichen. In einem solchen Fall wäre es in Zukunft vielleicht besser, frühzeitig das Gespräch mit den Motionären zu suchen. Nach längerer Diskussion sind wir zum Schluss gekommen, dass es tatsächlich schwierig sein würde, die Motion in dieser Form im Parlament umzusetzen. Aus diesem Grund werden wir die Motion nicht zur Erheblicherklärung empfehlen. Wir glauben, dass die Anliegen der Motion wohl am besten mit einem Energiefondsreglement umgesetzt werden könnten. Darin könnten alle Forderungen mit Ausnahme der Anpassung der Eignerstrategie abgedeckt werden. In gewisser Weise wäre dies auch kompatibel mit der Antwort des Stadtrats zur Interpellation «Energiefonds». Ein Energiefondsreglement könnte beide Themen angehen und würde dem Parlament die Möglichkeit der Einflussnahme auf die entsprechende Gesetzgebung geben. In diesem Sinn empfehlen wir Ihnen, die Motion nicht erheblich zu erklären. Wir werden aber weiterhin versuchen, den Anliegen in einer neuen Motion zum Durchbruch zu verhelfen.

Arturo Testa, CVP/EVP: Die Motion «Energiewende jetzt» greift ein zentrales Thema auf. Die Wichtigkeit der Ziele unserer Energiepolitik für uns und unsere Nachkommen ist sicherlich unumstritten. Es stellt sich jedoch die Frage: Gehört dies in eine Gemeindeordnung und kann die Motion auf eine privatwirtschaftliche Firma ausgeweitet werden? Wir, die CVP/EVP-Fraktion denken eher nicht. Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 hat das Schweizer Stimmvolk bereits den Weg klar vorgegeben. Eine Einflechtung in die Gemeindeordnung ist daher nicht notwendig. Des Weiteren ist die Arbon Energie, auch wenn im Besitz der Stadt Arbon, immer noch eine privatwirtschaftliche Aktiengesellschaft und somit kann das Parlament und auch der Stadtrat hier nicht auf diesem Weg eingreifen und Vorgaben definieren. In der Beantwortung der Motion hat der Stadtrat auf die wichtigen Punkte hingewiesen, hat aus unserer Sicht bewiesen, dass er und die Stadt Arbon sehr viel für die geforderte Energiewende tun. Daher sieht die CVP/EVP-Fraktion von einer Erheblicherklärung ab und dankt der Stadt Arbon und dem Stadtrat für ihren Einsatz zum Erhalt unserer Umwelt.

Ulrich Nägeli, SVP: Wir von der SVP nehmen zu dieser Motion «Energiewende jetzt» wie folgt Stellung: Im Gegensatz zu Daniel Bachofen, der das Thema herunterbrechen will, möchte ich das ein wenig in einem grösseren Zusammenhang erklären.

Was wird denn in dieser Motion gefordert? Das ist die Aufforderung zur Senkung des Energiebedarfs auf 2000 Watt pro Person bis ins Jahr 2050. Gleichzeitig oder parallel dazu Einsatz von erneuerbaren Energien als Ersatz für fossile Brennstoffe und auch Atomenergie. Was heisst das auf Verbraucherseite? Die Definition 2000-Watt-Gesellschaft wurde 1994 von der ETH Zürich entwickelt. Damaliger Energieverbrauch war pro Kopf 17'500'000 Watt pro Jahr. Die Bevölkerung damals war 7 Millionen Einwohner. Wenn ich die Definition umgekehrt rechne, sind 17'500'000 Watt durch 52 Wochen durch 7 Tage durch 24 Stunden, dann kommen wir auf 2000 Watt pro Stunde. 2000 Watt ist die Energie eines Staubsaugers oder eines Haarföns pro Stunde. Heute, im Jahr 2020, ist der reale Verbrauch 6500 Watt pro Einwohner. Das ist das Dreifache. Die Bevölkerungszahl ist auf 8.85 Millionen gestiegen. Was hier noch nicht eingerechnet ist, ist der Graustrom. Das heisst, Wareneinfuhr von Lebensmitteln, Rinder aus Südamerika, Schafe aus Australien, Kaviar mit dem Flugzeug aus Alaska, Gütereinfuhr, Wareneinfuhr, Zalando und so weiter. Je nach Statistik, der Sie glauben, haben wir zurzeit einen Verbrauch von 7000 Watt pro Einwohner in der Schweiz.

Zum Problem der Energiewende jetzt: Die Stadt Arbon oder besser gesagt die Arbon Energie hat die Aufgabe, uns mit Energie, Gas, Strom und Fernwärme zu versorgen. Das macht sie das ganze Jahr und muss uns auch in Notlagen versorgen, also für eventuelle Blackouts. Die Arbon Energie muss also mehr Energie bereitstellen, als sie eigentlich dann auch braucht. Somit ist für uns Bürger gewährleistet, dass unser PC zuhause nicht abstürzt, Kühlschrank, Tiefkühler, TV-Anlage funktionieren und sich das elektrische Garagentor öffnen lässt, damit Sie mit Ihrem Elektromobil zur Arbeit fahren können. Das macht die Arbon Energie hervorragend, sie sichert

unseren Energiebedarf seit Jahrzehnten. Die Arbon Energie produziert eigentlich keine Energie, sondern sie liefert Energie. Sie produziert nur sehr wenig Energie. Wenn Sie also Energiesenkung fordern, sprechen Sie mit den Verbrauchern, den Konsumenten, den Arbonern. Erklären Sie den Bürgern, dass sie zwei Dritteln zu viel Energie brauchen, machen Sie den Arbonern klar, dass eine Flugreise in die Ferien bereits 20 Prozent ihres zustehenden Energieverbrauchs benötigen wird. Ich glaube nicht, dass Herr und Frau Schweizer auf so viel verzichten. Ich bin aber fest überzeugt, dass wir so schnell wie möglich auf erneuerbare Energien umsteigen und den CO2-Ausstoss massiv zurückfahren müssen. Ob wir dann 2000 Watt oder 4000 Watt den Bürgern zugestehen wollen, ist nicht die Kernfrage, sondern wichtig ist, dass wir klimaneutral produzieren können. Das ist eigentlich die wichtigste Frage, die wir beantworten müssen. Darum gehen wir jetzt auf die andere Seite der Energieerzeugung, erneuerbare Energie.

Ich muss mich jetzt outen, ich bin ein Angestellter eines Energieriesen, der BKW. Das ist mein Arbeitgeber und ich verfolge mit grossem Interesse, aber auch mit Besorgnis, wie die zukünftige Energieversorgung ausschauen soll in unserer hoch technologisierten Schweiz. Wir sind europäisch in Sachen erneuerbare Energien am hinteren Ende angelangt. Wir werden sozusagen abgehängt. Die BKW ist der erste Schweizer Energieerzeuger, der das Atomkraftwerk vom Netz nimmt. Zurzeit erfolgt der Rückbau des Kernkraftwerks Mühleberg. Ziel ist es, die verlorene Atomenergie mit erneuerbarer Energie zu kompensieren. Es zeigt sich aber als äusserst schwierig, Bewilligungsverfahren zu gewinnen. Es ist nicht so, wie die Motion «Energiewende jetzt» darstellt, dass etwas verschlafen wird. Nein, es wird durch Einsprachen der Umweltverbände massiv verschleppt. Ein Beispiel: Windenergie. In der Schweiz gibt es 400 geeignete Standorte für Windenergie. 42 Anlagen sind realisiert und 300 Windanlagen sind in der Umweltverträglichkeitsprüfung. Die durchschnittliche Realisierungsphase geht hier 15 Jahre. Die Lösung der BKW zurzeit aus wirtschaftlichen Gründen. Wir bauen Windkraftanlagen in Norwegen. Europaweit ist die Schweiz mit nur 42 Windanlagen das Schlusslicht mit der Slowakei und Slowenien. Wasserkraftwerke: Walenstadt Berschis: Hier konnten wir ein Wasserkraftwerk bauen, Bauzeit 2.5 Jahre, vorausgegangen sind 8 Jahre für Bewilligungen und Einsprachen der Umweltverbände. Zum Vergleich: Das Wasserkraftwerk Berschis produziert nun 12 GWh pro Jahr, das abgebaute AKW Mühleberg produzierte 3100 GWh, das sind 258 Mal weniger. Sie sehen also, mit welcher Geschwindigkeit wir in erneuerbaren Energien vorangehen. Vorletzte Woche wurde auch das Kraftwerk Moesa im Bündnerland gestoppt, auch hier hat der Regierungsrat festgestellt, dass das Projekt nicht mehr bewilligungsfähig ist, weil das Restwasser nicht ordnungsgemäss zurückgeführt wurde. Solarenergie: Hier ist die Lage ein wenig hoffnungsvoller. Es gibt aber eine Problematik mit der Speicherung. Speichern können Sie mit Batterien, die haben aber einen sehr hohen Energiebedarf zur Herstellung und sie verursachen Umweltschäden, weil sie in seltenen Erden abgebaut werden. Alternativ ist die Speicherung in Wasserstauwerken mit Überkapazitäten für Solarenergie. Auch hier Einsprachen der Umweltverbände gegen Speicherkapazitäterhöhungen, also das heisst gegen Erhöhungen von Staumauern. Hoffnung besteht im Wasserstoff. Hier kann mit der Umwandlung von Solarstrom in Wasserstoff ein Durchbruch erzielt werden. Sie hören also, dass die Bereitschaft der Stromerzeuger riesengross ist, in alternative Energien zu investieren. Es wird alles versucht, die sich abzeichnenden Energieengpässe zu verhindern. Daher unsere Aufforderung an die Parteien, die sich den Umweltmantel umhängen, nicht nur erneuerbare Energien zu fordern und gleichzeitig neue alternative Möglichkeiten zu behindern. Es ist erstaunlich, dass sich sogenannte Umweltparteien immer nur für Reduktion von Energie einsetzen, aber sich zum Beispiel gegen Bevölkerungswachstum sperren. Damit sprechen sie sich direkt für einen höheren Energieverbrauch und die Vernichtung von Ressourcen aus. Es ist erstaunlich, dass Umweltverbände den absoluten Ausstieg aus der Atomenergie und fossilen Brennstoffen fordern, aber gleichzeitig erneuerbare Energien verhindern. Somit ist die Schweiz gezwungen, Energie aus dem Ausland zu beziehen. Mehr noch, mit dieser Haltung verhindern Sie, dass wir unsere eigenen Schweizer Probleme nicht mehr inländisch lösen können. Sondern wir müssen unsere Probleme ins Ausland exportieren. Mit anderen Worten: Wir exportieren damit auch Arbeitsplätze und Investitionen ins Ausland. Diese Arbeitsplätze und Investitionen fehlen uns dann in der Schweiz. Somit geht viel Know-how und Erfahrung verloren, das wir einfach nicht aufbauen

können. Sie mögen verstehen, dass ich hier einen grossen Bogen gezogen habe, aber es ist wichtig für uns, diese Zusammenhänge einmal aufzuzeigen.

Die eingereichte Motion «Energiewende jetzt» wiederholt eigentlich nur die Ziele, die auf kantonaler und auf Bundesebene bereits vorgegeben sind. Es fehlt nicht an den Zielen, es fehlt an der Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen Energieerzeugern, Umweltorganisationen und der Politik. Daher erachten wir die Motion Energiewende jetzt für nicht erheblich. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Daniel Aerne, FDP/XMV: Erst mal besten Dank an meinen Vorredner für diese spannenden Zahlen und dem Stadtrat besten Dank für die Beantwortung der Motion zum Thema Energiewende jetzt. Die Fraktion FDP/XMV hat das Thema diskutiert und ist zu folgendem Schluss gekommen:

Ja, es ist richtig, dass jeder Bürger sensibilisiert sein soll, was Klima und Energieverbrauch anbelangt. Und wir alle sind es unseren Nachkommen schuldig, unseren täglichen Verbrauch zu reduzieren. Greta Thunberg hat dies vor Corona lautstark verlangt und es wurde auch in vielen Köpfen eine Wahrnehmung geweckt, welche seit Längerem noch am Dösen war. Dass wir aber diese Sensibilisierung durch eine Ergänzung in der Gemeindeordnung erreichen, ist für unsere Fraktion fragwürdig. Solange 50 Prozent des Stromverbrauchs durch die Industrie benötigt werden und diese den Lieferanten frei wählen darf, sind wir kaum in der Lage, ein lukratives Angebot mit erneuerbaren Energien anzubieten, ohne dass der Kunde bei Arbon Energie abspringen würde. Dies benötigt vorgängig detaillierte Verhandlungen mit Arbon Energie. Zum Glück sind es noch 50 Prozent, sonst könnte man den Arbeitsplatz Arbon noch ganz zu Grabe tragen. Die momentane Situation bezüglich Label-Ranking ist in Anbetracht der globalen Wirtschaftsrisiken auf einem Stand, der sich zeigen lässt und in kleinen Schritten auch verbessert werden soll. Die heutige Situation lässt aber in der Bedürfnispyramide einigen anderen Sorgen den Vortritt. Als Unternehmer weise ich darauf hin, das absolute Ziel einer Gemeinde wie unsere muss sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür benötigen wir Fläche, intelligente Verkehrsanbindungen und den Zugang zu Fachpersonal sowie eine interessante Steuerpolitik. Solange unser Kundeneinzugsgebiet aus 180 Grad Wasser besteht, müssen wir als Gemeinde alles daran setzen, die Rahmenbedingungen so optimal wie nur möglich zu gestalten. Dazu gehört auch die Freiheit, die Ressourcen frei zu wählen und die Einschränkungen und Regulatoren so optimal wie möglich zu gestalten. Nur so können wir auch junge Familien anziehen und wiederum langfristiges Steuersubstrat generieren. Meine letztgenannten Wünsche kann ich leider auch nicht in der Gemeindeordnung festhalten und verankern, sondern basieren auf gesundem Umdenken und Menschenverstand. Auf die in der Beantwortung erklärten Formfehler betreffend den Umgang mit der Motion gehe ich bewusst nicht ein, aber bedanke mich für die konstruktive und gut formulierte Belehrung.

Aus den vorhergehenden Erwägungen empfiehlt die Fraktion FDP/XMV, die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Felix Heller, SP/Grüne: Ich spreche etwas weniger allgemein als mein Vorredner aus der FDP oder der Redner aus der SVP, der die ganze Klimapolitik unseres Landes und der Umweltverbände hinterfragt, sondern mache einen konkreten Vorschlag, was unsere Stadt für das Klima tun könnte. Und darum geht es doch eigentlich bei dieser Motion.

Bei der Antwort zur Frage 1 schreibt der Stadtrat, dass Arbon als Energiestadt verpflichtet sei, ein Aktivitätenprogramm auszuarbeiten. Als Beispiel für solche Aktivitäten nennt er Energiebuchhaltung, Temporeduktion, Parkplatzbewirtschaftung, Abfall- und Ressourcenplanung, Tipps zum Wassersparen, Beschaffungsrichtlinien, Velowoche und so weiter. Mit Erstaunen stelle ich fest, dass der Stadtrat einen der grössten Umweltsünder aussenvor lässt. Ist es ihm nicht bewusst? Oder hat er Angst, das delikate Thema aufzugreifen? Ich zitiere die grösste Umweltorganisation der Schweiz, den WWF: «Ein Drittel der konsumbedingten Umweltbelastungen in Europa geht auf das Konto unseres Essens. Die

Produktion hat hier den Hauptanteil. Verpackung, Transport, Lagerung, Zubereitung, Entsorgung fallen deutlich weniger ins Gewicht. Besonders umweltbelastend ist die Tierhaltung. Sie ist sehr ressourcenintensiv und verursacht deutlich mehr Treibhausgasemissionen als der Anbau von pflanzlichen Nahrungsmitteln. » Etwas weiter im Text schreibt der WWF: «Der Fussabdruck der Ernährung eines durchschnittlichen Schweizers reduziert sich beispielsweise um 24 Prozent, wenn er auf vegetarische Ernährung umstellt. Ernährt er sich vegan, sind es sogar 40 Prozent. » Ich weiss, einige denken jetzt: Hauptsache regional. Immer wieder höre ich dieses Argument. Ja, lieber das Fleisch vom Hof nebenan als die Avocado aus Südamerika. Nur leider stimmt das nicht. Der WWF schreibt hierzu: «Regionale Produkte verbessern den Fussabdruck im Bereich Ernährung nur um etwa 4 Prozent. » 40 Prozent waren es bei veganer Ernährung. Selbstverständlich: Regional ist anstrebenswert und sicher ein Fortschritt, aber, wenn wir unsere Planeten mit zunehmender Bevölkerung retten wollen, dann kommen wir nicht um eine Umstellung auf eine pflanzenbasierte Ernährung herum. Ich erwarte von der Stadt Arbon, dass sie diesen Umstand anerkennt und auch Massnahmen in diese Richtung ergreift. So wären beispielsweise Einwohneranlässe mit veganem Essen ein erstrebenswertes Ziel. Ich behalte mir vor, an einer der nächsten Sitzungen mit einem entsprechenden Vorstoss diesem Anliegen Nachdruck zu verleihen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Ich möchte kurz noch auf ein paar Punkte meiner Vorredner eingehen. Es wurde gesagt, dass es nicht möglich ist, unsere Ideen auf private Organisationen auszuweiten. Natürlich können wir das im Allgemeinen nicht tun, aber die Arbon Energie ist doch noch eine 100%ige Tochter der Stadt. Es gibt eine Eignerstrategie, in der die Stadt den grossen Rahmen vorgibt, wie sich der zu gestalten hat. Und da können wir natürlich Einfluss nehmen. Warum sollten wir das tun? Arbon Energie verkauft zum Beispiel das Produkt Strom Classic. Auf dem Beipackzettel des Produkts steht, es ist teils aus erneuerbaren, grösstenteils aus Kernenergie. Schaut man sich dann die Energiedeklaration an, findet man nur Kernenergie. St. Gallen macht dies etwas klarer, dort steht nämlich einfach Kernstrommix drauf. Da wissen Sie wenigstens, was Sie kaufen, wenn Sie es kaufen. Arbon Energie macht zum Beispiel auch bei den PV-Anlagen relativ wenig und könnte wesentlich mehr tun. Dies zu Arbon Energie.

Einsprachen gegen Projekte, die erneuerbare Energie produzieren sollen: Ja natürlich gibt es die. In Arbon, und was wir gefordert haben, ist PV, da gibt es wenig Einsprachen. Die meisten PV-Anlagen können Sie sogar relativ formlos bewilligen lassen. Das Beispiel Amlikon zeigt, man kann wesentlich mehr tun in Arbon. Und dann produzieren wir tatsächlich wesentlich mehr Strom in Arbon. Was wir jetzt noch wenig tun, könnten wir also in Zukunft mehr machen. Zur Speicherung übrigens: Wenn Sie bei Arbon Energie fragen, es gibt noch keinen Zeitpunkt, wo aus Arbon Strom hinausfliesst, einfach, weil wir in Arbon zu wenig Strom produzieren. Das ist nicht das Problem im Moment. Und wenn es um Arbeitsplätze geht, denke ich, die ganze Energiedebatte mit Innovation, die damit verbunden ist, kann in der Schweiz wesentlich zu Arbeitsplätzen beitragen und nicht dazu, dass Arbeitsplätze abgebaut werden.

Stadtrat Didi Feuerle, Grüne: Im Vorwort auf Seite 4 hat sich leider ein kleiner Fehler eingeschlichen. Es geht hier um das Label. 2018 erreichte die Stadt Arbon bei der Rezertifizierung des Energiestadt-Labels einen Erfüllungsgrad von 69,6 Prozent der möglichen Massnahmen. In der Motionsantwort stand 71 Prozent. Ich möchte mich dafür entschuldigen. Auf die Motionsantworten hatte dies jedoch keine Auswirkungen. Mit diesen 69,6 Prozentpunkten liegt die Stadt Arbon auf Position 134 von 454 Energiestädten oder teilweise auch Energiedörfern, welche es mittlerweile in der Schweiz gibt. Dies ist der aktuelle Stand von heute. Insgesamt gibt es in der Schweiz 2200 Gemeinden.

Ich möchte nochmals betonen, dass der Stadtrat die energiepolitischen Ziele des Bundesrats teilt. Das heisst, bis spätestens 2050 sollen die Treibhausgasemissionen auf netto null abgesenkt werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel strebt der Stadtrat schon in dieser Legislatur das Etappenziel Energiestadt Goldlabel an. Dies ist wie gesagt nur ein Etappenziel. Vor drei Monaten wurde daher ein Energiefachmann bei der Stadt Arbon angestellt, welcher sich verstärkt den energiepolitischen Themen annehmen wird. Er hat bereits einen Energieanlass zum Thema

Gebäudeerneuerung aufgegelist. Dieser hätte nächste Woche stattfinden sollen und muss nun leider wegen Corona verschoben werden. Wir sind jedoch nun in der Lage, Energieberatungen inhouse auszuführen. Die Energiebuchhaltung der städtischen Liegenschaften wird vervollständigt und im nächsten Jahresbericht veröffentlicht. Dazu werden die städtischen Liegenschaften verstärkt energiemässig unter die Lupe genommen. Ein paar städtische Dächer eignen sich für PV-Anlagen, das ist bereits seit Längerem bekannt. Hier soll schon im nächsten Jahr eine weitere Anlage dazukommen. Allerdings müssen die Dächer voraussichtlich für die nächsten 20 Jahre «verhebe» und dicht sein, bevor eine Solaranlage montiert werden kann. Am besten wird der produzierte Strom direkt genutzt, beispielsweise vom Werkhof. Hier zeichnet sich ab, dass schon in einigen Wochen ein Elektrofahrzeug als Ersatz für ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor angeschafft wird.

Auch die Arbon Energie AG, die Tochter der Stadt Arbon, hat in den vergangenen Jahren einiges auf dem Weg zu einer erneuerbaren Versorgung gemacht. Beispielsweise sind auf dem gesamten Stadtgebiet Smart Meter installiert worden, was unter anderem dem Netzausbau dient. Dazu ist die Arbon Energie AG am Wasserkraftwerk Doppelpower im Glarnerland beteiligt. Mittels eines Bürgerpachtmodells, Daniel Bachofen hat es erwähnt, können bis zu 3 Quadratmeter PV-Fläche für 10 Jahre gepachtet werden. Dies bietet vor allem Leuten, welche kein eigenes Haus besitzen, die Möglichkeit, sich am Ausbau der erneuerbaren Energien in Arbon zu beteiligen. Stand heute stehen noch knapp 30 Prozent der Solarflächen dieser Anlage, welche auf dem alten Trafohaus an der Landquartstrasse montiert wurde, zur Verfügung. Sobald diese Flächen verpachtet sind, werden weitere Anlagen installiert. Die Erhöhung der Anzahl Quadratmeter, welche pro Person gepachtet werden können, ist eine gute Idee von Daniel Bachofen, und ich werde das bei der Arbon Energie einbringen.

Die Vertreter der Stadt Arbon setzen sich auch beim Abwasserverband Morgental für erneuerbare Energien ein. Die Stadt ist mit ca. 50 Prozent Beteiligung die grösste Verbundsgemeinde des Abwasserverbands. Auf dem Gelände des Abwasserverbands wird seit einigen Jahren erneuerbare Energie produziert. Man nennt dieses Gelände auch bereits Energiepark Morgental. Nebst Biogas aus Klärschlamm wird Strom aus einer Druckleitung mit St. Galler Abwasser und mittels Solarstromanlagen produziert. Im nächsten Jahr wird eine weitere Solarstromgrossanlage über dem Klärbecken montiert und dafür CHF 1.56 Mio. investiert. Diese Anlage wird während einer Lebensdauer von ca. 25 Jahren ca. 13.5 Mio. kWh Strom produzieren. Somit sind die Stromgestehungskosten bestimmt wirtschaftlich.

Um die energiepolitischen Ziele zu erreichen, brauchen wir alle. Nebst der Stadt auch den Bund und den Kanton und vor allem uns alle. In der anzustrebenden 2000-Watt-Gesellschaft müssen auch die Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag im täglichen Leben leisten. Die grössten Treiber der Klimaerwärmung sind das Beheizen der Gebäude, die Mobilität und der Konsum, insbesondere auch die Lebensmittelproduktion, Felix Heller hat das vorher auch erwähnt. Wir alle haben das in unserem täglichen Handeln in der Hand.

Der Stadtrat begrüsst die Stossrichtung der Motionärinnen und Motionäre sehr, er lehnt jedoch die Verankerung von Klima- und Energiezielen in der Gemeindeordnung ab, da sie schon übergeordnet geregelt sind. Ebenso möchte er die Arbon Energie AG nicht mit starren Vorschriften einschränken. Stattdessen möchte sich der Stadtrat weiterhin zusammen mit der Bevölkerung auf den Weg zu einem sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen machen. Konkrete Massnahmen und Ziele sollen von der Bevölkerung mitgetragen werden. Darum lehnt der Stadtrat die Motion ab, unter anderem auch aus formellen Gründen.

Abstimmung

Die Motion «Energiewende jetzt» wird einstimmig nicht für erheblich erklärt.

3. Postulat «Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeiten» von Michael Hug, Lukas Auer, Esther Straub, Myrta Lehmann und Aurelio Petti, alle CVP/EVP

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Das Postulat «Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeiten» von Michael Hug, Lukas Auer, Esther Straub, Myrta Lehmann und Aurelio Petti, alle CVP/EVP wurde am 30. Juni 2020 eingereicht. Die Stellungnahme des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen vom 8. September erhalten. Heute geht es um die Überweisung des Postulats an den Stadtrat. Wird das Postulat überwiesen, hat der Stadtrat dem Parlament innert vier Monaten einen ausführlichen Bericht vorzulegen, andernfalls gilt das Geschäft als erledigt. Ich werde dies nicht für jedes Postulat wiederholen, es gilt aber für jedes Postulat, das noch kommt.

Michael Hug, CVP/EVP: Die positive Haltung des Stadtrats hat die Fraktion CVP/EVP sehr gefreut. Wir alle wissen von den Medien, dem Freundeskreis oder der Familie, dass es in der aktuellen Situation noch wichtiger ist, dass sich unsere Jugend in dieser besonderen Lage sportlich betätigt und nicht nur zuhause die digitalen Medien nutzt. Auch die Arboner Vereine wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und mussten neben dem Trainingsausfall auch ein Schutzkonzept ausarbeiten, damit sie bei der ersten Lockerung im Bereich Jugendarbeit bereit waren. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die Vereine, die sich seit Jahren für unsere Jugend einsetzen, in der jetzigen Situation finanziell unterstützt werden. Unserer Fraktion ist es wichtig, dass diese Arbeit mit unserem Nachwuchs jetzt erst recht wertgeschätzt wird. Die Fraktion CVP/EVP stimmt dem Postulat zu.

Jakob Auer, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne dankt den Postulanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. In dieser wird klar, dass auf Bundes- und Kantonsebene schon einiges getan wird, um die Auswirkungen der Corona-Krise etwas abzufedern. Wir sind zwar der Ansicht, dass die vorgeschlagene Massnahme der Erhöhung von Vereinsbeiträgen für alle Vereine, welche Jugendarbeit leisten, nicht ideal ist. Aus diesem Grund haben wir auch einen alternativen Vorstoss eingereicht, der einerseits ausgewogener ist, weil er auch Kulturschaffende miteinbezieht und anderseits weniger auf das Giesskannenprinzip setzt, da es dem Stadtrat überlassen ist festzulegen, welche Vereine wie viel Geld erhalten. Dennoch unterstützen wir die Stossrichtung und stimmen dem Postulat grossmehrheitlich zu.

Egal welche Entschädigung in welcher Höhe und in welcher Dauer soll helfen, dass die Vereine finanziell nicht in den Ruin getrieben werden. Jeder zweite Verein hat zudem noch personelle Probleme und Schwierigkeiten, in den Vorstandsgremien fehlt es an Mitgliedern, Aktuaren, Kassieren oder Präsidien. Bei Anlässen sind Helfer je länger je mehr Mangelware. Somit ist es richtig, dass die Zustimmung des Stadtrats erfolgt. Die Fraktion SP/Grüne fordert die Vereine auf, sich bei der Stadt zu melden, wenn Hilfe nötig ist. Auch soll der Stadtrat Gesuche prüfen, die in seiner Kompetenz liegen und/oder vom Bund oder Kanton mit keiner Entschädigung unterstützt werden. Arbon lebt von seinen Vereinen, die Arboner Vereine mit ihren Mitgliedern, und das ist der grosse Teil der Bevölkerung. Zahlreiche Vereine und Verbände befürchten, dass wegen der Corona-Pandemie aktive Mitglieder bald abspringen könnten. Denn nur für ein Konzert oder ein Spiel zu üben und zu trainieren, das man nie spielen kann, ist sehr unattraktiv. Viele Vereine setzen vor allem darauf, dass bestehende Mitglieder den Vereinen erhalten bleiben. Sie fordern ihre Mitglieder aktiv dazu auf, den Vereinen in dieser schwierigen Zeit treu zu bleiben. Die Fraktion SP/Grüne steht grossmehrheitlich hinter dem Unterstützungsentscheid und stimmt dem Postulat zu.

Matthias Schawalder, SVP: Die Corona-Krise stellt die gesamte Schweizer Gesellschaft schon seit Beginn des Jahres vor grosse Herausforderungen und Unsicherheiten. Schon während der ersten Welle reagierten Bund und Kantone umgehend mit verschiedenen Massnahmen, um betroffene Unternehmungen wie Gastrobetriebe, Selbstständigerwerbende und Industrie zu beraten und zu unterstützen. Um die lokalen Arboner Institutionen zu unterstützen, ist den beiden Anträgen in diesem Postulat in der Sache nichts entgegenzusetzen. Vereine bilden einen unerlässlichen Bestandteil der Schweizer Gesellschaft. Auf der Homepage der Stadt Arbon sind 146 Vereine aufgeführt. Diese fördern soziale Kontakte, Sport, Kultur und viele weitere

Bestandteile unserer Gesellschaft und zum Teil natürlich auch die Jugend. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass nur die wenigsten Arboner Vereine in einem Mietverhältnis mit der Stadt stehen. Würde man diesen wenigen Vereinen ein halbes Jahr Mietzins erlassen, würde dies, wie der Stadtrat richtigerweise festhält, zu einer Ungleichbehandlung führen, welche die SVP nicht unterstützen kann. So breit die Unterschiede der Vereinszwecke auch sind, so unterschiedlich sind die Vereine von der aktuellen Krise betroffen. Vereine mit Jugendförderung, welche aufgrund von Restriktionen nun finanzielle Nachteile erfahren und dadurch in eine Notlage kommen, sollten spezifisch und mit Augenmaß unterstützt werden. Dies, so schreibt der Stadtrat, wurde bereits in seiner Sitzung vom 6. April 2020 diskutiert. Dass diese Unterstützungen jedoch nicht gemäss Giesskannenprinzip gewährt werden sollen, sieht die SVP-Fraktion genauso. Wie bereits erwähnt, erachtet es die SVP-Fraktion als sinnvoll, Jugendarbeit in den Vereinen zu fördern. Da dies durch das Postulat „Unterstützung Vereine bei COVID-19-Härtefällen“ von Daniel Bachofen in einer zielführenderen Vorgehensweise umgesetzt wird, stimmt die SVP-Fraktion für keine Überweisung dieses Postulats.

Rico Baettig, FDP/XMV: Der Herbst hat uns eine zweite Corona-Welle beschert. Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen auch das Arboner Vereinsleben. Viele ehrenamtliche Vereine sind unter Druck und haben finanzielle Nöte, weil Einnahmen fehlen und Veranstaltungen wegbrechen. Die einen Vereine trifft Corona stärker als die anderen. Dazu kommt, dass die beiden Postulate am 24. August eingingen, wo man noch von einer anderen Situation ausgegangen ist und man mit einer Erleichterung auf den Herbst gerechnet hat. Die FDP/XMV-Fraktion ist klar für die Unterstützung der bedürftigen Vereine. Denn Vereine bilden das gesellschaftliche Rückgrat der Gemeinde. Nach eindeutiger Diskussion sind wir unisono der Meinung, dass man jedoch nicht mit dem Giesskannenprinzip den Vereinen unter die Arme greifen sollte, sondern das Geld gezielt einsetzen muss. Daher sind wir für keine Unterstützung des Postulats.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Der Stadtrat hat bereits an seiner Sitzung vom 6. April 2020 seine grundsätzliche Haltung bezüglich möglicher wirtschaftlicher Massnahmen der Stadt Arbon aufgrund der Corona-Krise festgelegt. Wichtigster Grundsatz: Es sollen keine Unterstützungen nach dem Giesskannenprinzip gewährt werden, aber im Einzelfall kann subsidiär zu Bund und Kanton dann geprüft werden, ob wirklich ein begründeter Härtefall vorliegt, der im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt eine städtische Unterstützung rechtfertigt. Bezogen auf die Arboner Vereine bedeutet dies, dass der Stadtrat die Vereine nicht im Stich lässt. Vereine, die aufgrund von COVID-19 in finanzielle Probleme geraten und nicht vom Bund oder vom Kanton Unterstützung erhalten, können sich mittels Unterstützungsgesuch an die Stadt wenden. Wir werden im Einzelfall prüfen, ob es wirklich nötig ist, ergänzend und immer im Bereich unserer finanziellen Möglichkeiten zu helfen. Was wir hingegen nicht tun werden, ist, pauschal die Beiträge pro Jugendliche zu erhöhen. Das wäre das erwähnte Giesskannenprinzip, das weder sinnvoll ist, noch für die Stadt finanziell zu stemmen ist. In diesem Sinn – nur in diesem Sinn – ist der Stadtrat gern bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Abstimmung

Präsident Jakob Auer, CVP/EVP: Die Abstimmung zeigt 14 gegen 14. Ich möchte gern aus dem Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament den Art. 50 Abs. 2 zitieren. „Ergibt sich bei offener Abstimmung Stimmgleichheit, gilt jener Antrag als angenommen, für den das Präsidium gestimmt hat. Bei vorheriger Stimmenthaltung fällt es den Stichentscheid.“ Somit ist das Postulat angenommen.

Das Postulat „Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeit“ wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen durch Stichentscheid des Parlamentspräsidenten überwiesen.

4. Postulat „Solidarität mit Gewerbebetrieben der Stadt Arbon“ von Pascal Ackermann, SVP

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Das Postulat „Solidarität mit Gewerbebetrieben der Stadt Arbon“ von Pascal Ackermann, SVP wurde am 30. Juni 2020 eingereicht. Die Stellungnahme des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen vom 8. September erhalten.

Pascal Ackermann, SVP: Ich danke dem Stadtrat für die Beantwortung meines Postulats. Ich bin mit einigen Punkten jedoch so nicht einverstanden. Der Bundesrat hat für die Gastrobranche, aber auch für das Gewerbe neue, einschneidende Massnahmen beschlossen. Mir und der SVP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, dass wir die stark betroffenen Branchen auch auf kommunaler Ebene unterstützen bzw. entlasten, soweit dies im gesetzlichen Rahmen möglich ist. Dies kann auch längerfristig einen Nutzen für Arbon haben. Je weniger Einschränkungen und Bürokratie desto attraktiver wird ein Standort für Gewerbe und Gastronomie. Solche Schlagzeilen wie der Streit um die Pergolen beim Roten Kreuz werfen kein gutes Licht auf Arbon und ziehen sicher nicht neue Gastronomen an, die in Arbon etwas aufbauen und investieren wollen. Nun zu den Punkten, mit denen ich nicht einverstanden bin:

1. Grundsätzlich finde ich die Bemerkung, dass das Postulat zu eng auf Ladengeschäfte und gastgewerbliche Betriebe eingeschränkt ist, etwas spitzfindig. Wenn der Stadtrat wie im Postulat gefordert gewillt wäre, ein Konzept auszuarbeiten, hätten natürlich auch weitere Branchen darin aufgenommen werden können. In diesem Sinn darf der Stadtrat bei einer Überweisung des Postulats die Branchen, für die er Massnahmen und Erleichterungen beschliesst, selbstverständlich erweitern.
2. Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Raums: Dies wurde gemäss Antwort des Stadtrats nur erstattet, wenn eine Nutzung mit den aktuellen Einschränkungen verunmöglich war. Das Ziel meines Vorschlags wäre, es ist nicht nur für die Zeit, in der es nicht möglich war, diese Flächen zu nutzen, auszusetzen, sondern über einen erweiterten Zeitraum wie zum Beispiel den ganzen Sommer. Dass Gebühren für Flächen, die nicht genutzt werden konnten, zurückerstattet bzw. nicht verrechnet werden, sollte ja hoffentlich selbstverständlich sein.
3. Der Stadtrat schreibt in der Beantwortung, dass Gesuche von Ladengeschäften um Nutzung von öffentlichem Grund wohlwollend behandelt werden. Ich frage mich, wo denn hier Kriterien angepasst wurden aufgrund der speziellen Situation rund um Corona. Grundsätzlich erwarte ich von der Stadt, dass solche Gesuche sowieso immer wohlwollend geprüft und wenn gesetzlich möglich bewilligt werden.
4. Mit dem Punkt der Verlängerung der Öffnungszeiten kann ich mich so mit der Antwort des Stadtrats zufriedengeben. Das ist auch nicht das Hauptanliegen meines Postulats.

Da das Postulat auch erst jetzt zur Beratung kommen kann, ist dieses Thema für den Moment sowieso erledigt, da der Sommer ja bereits vorbei ist. Dieser Vorschlag ist entstanden, da bereits andere Städte wie zum Beispiel Zürich eine Pilotphase für die sogenannten mediterranen Nächte gestartet haben. Zürich hat es im Testbetrieb so gelöst, dass nicht alle Gastrobetriebe gleichzeitig länger offen haben, sondern es sollte auf mehrere Wochenenden punktuell verteilt werden, um auch einen angemessenen Ausgleich für die Anwohner zu schaffen. Das Pilotprojekt konnte allerdings bis jetzt nicht gestartet werden, da sich mehrere Quartiervereine dagegen vor Gericht gewehrt haben. Ein interessantes und prüfenswertes Thema für die Zukunft bleibt es meiner Meinung nach allerdings trotzdem. Die Stadt St. Gallen wollte dies auf diesen Sommer ebenfalls in einem Pilotprojekt testen, es wurde jedoch wegen Corona verschoben. Hier muss man noch sagen, die beiden Städte wollten nicht genau das Gleiche. Zürich wollte bis um 2 Uhr, was natürlich zu viel mehr Lärmelästigungen führen würde, jedoch die Stadt St. Gallen wollte das nur bis Mitternacht erweitern.

Das Hauptanliegen meines Postulats ist, dass der Stadtrat hier ein Konzept ausarbeitet, welches den Gastrobetrieben und Gewerblern etwas bringt. Diese sollen nachhaltig entlastet werden können. Die Liste mit den Vorschlägen ist, wie ich geschrieben hatte, nicht abschliessend. Dies sind Vorschläge, die die damalige Lage zugelassen hätte. Im Rahmen der Konzepterstellung nach Überweisung des Postulats könnte durch den Stadtrat auf die aktuelle Lage und Einschränkungen Rücksicht genommen werden. Ich erhoffe mir, dass der Stadtrat hier aktiv

etwas macht und wie gefordert auch weitere Ideen und Vorschläge ausarbeitet, eben ein Konzept erstellt, wie unser Gewerbe und unsere Gastronomen nachhaltig entlastet werden können. Hat der Stadtrat hierzu überhaupt bereits weitere Überlegungen angestrengt? Ich vermute nicht, da er das Postulat erst am 24. August beantwortet hat, als die Sommersaison schon langsam in der Endphase war. Ich gebe gern zu, dass das Postulat vom Zeitrahmen her mit Sommer 2020 wohl etwas zu eng gefasst war. Da dies aber ein Postulat ist und die Forderungen nicht absolut verbindlich, wie wir auch bei den anderen beiden Postulaten zu den Vereinen sehen, hätte der Stadtrat dieses auch annehmen können mit dem Auftrag, etwas langfristig oder zumindest für den Herbst oder Winter verbessern zu wollen. Wie ich gerade heute der Online-Zeitung Die Ostschweiz entnommen habe, hat die Stadt Rapperswil-Jona für Gastrobetriebe ein Massnahmenpaket beschlossen. Dies umfasst die folgenden Punkte:

1. Erweiterungen der Sommerterrassen, welche dieses Jahr wegen Corona beschlossen wurden, werden auch in der nächsten Sommersaison bestehen bleiben.
2. Temporäre bauliche Massnahmen innerhalb der erweiterten Terrassenflächen sind im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben erlaubt.
3. Die Installation von wärmespendenden Anlagen wird, sofern diese ausschliesslich mit erneuerbaren Energieträgern betrieben werden, bis am 25. April 2021 zugelassen.
4. Die Aussenwirtschaftsgebühren für den Sommer 2020 sowie den Winter 2021/2021 werden mit einem Erlass von 50 % in Rechnung gestellt. Als Bezugsfläche gilt die ursprünglich bewilligte Fläche und nicht die temporär erweiterte Fläche.

Auch dies sind wieder Beispiele bzw. Vorschläge, welche natürlich in Arbon nicht genau gleich aussehen können. Es zeigt aber den Willen von anderen Städten, hier etwas zu machen. In diesem Sinn bitte ich Sie, der Überweisung des Postulats zuzustimmen und dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, hier nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und längerfristig die Rahmenbedingungen zu verbessern. Bitte unterstützen Sie meinen Antrag auf Überweisung.

Cornelia Wetzel, SP/Grüne: Wir danken dem Postulanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung. Letzthin traf ich einen Jugendfreund und natürlich schwelgten wir in Erinnerungen an die Zeit, als wir uns in der Clique trafen und an die vielen Tage mit schlechtem Wetter, in denen wir das Plaza belagerten. Dieses Restaurant war unser Treffpunkt. Nun, die Zeiten ändern sich, nichtsdestotrotz Beizen, Restaurants erfüllen auch heute noch einen wichtigen sozialen Auftrag. Mann/Frau trifft sich, tauscht sich aus und manchem ist die Beiz auch der Ort, um seiner Einsamkeit zu entfliehen. Corona hat vieles verändert, Corona hat aber auch die Möglichkeit verändert, sich in gewohnter Weise im Restaurant zu treffen. Abstandsregeln müssen eingehalten werden, an einem Tisch dürfen nur vier Personen sitzen, konsumiert werden muss im Sitzen – wir alle kennen diese Regeln. Und nun werden wir zusätzlich aufgerufen, möglichst zuhause zu bleiben. Dies versus dem, dass die Restaurants weiterhin bis 23 Uhr geöffnet sein dürfen. Umsatzeinbussen sind programmiert, Existenzien werden gefährdet.

Das vorliegende Postulat bezieht sich vorwiegend auf die Sommermonate. Doch für die Wirte bestehen in der jetzigen Corona-Welle grosse Herausforderungen, die mit den jahreszeitlichen Gegebenheiten zusätzlich verschärft werden. Die Innenplätze können nicht erweitert werden. Was bleibt, ist, nach draussen auszuweichen, im Freien wäre ja die Ansteckungsgefahr zudem geringer. Doch angesichts von Kälte und Nässe und eventuell nicht vorhandenen Aussenplätzen scheint das ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Darum wollen wir den Stadtrat ermutigen, die Gastronomen und die Ladenbesitzer auch in den kommenden Monaten proaktiv zu unterstützen, wie er dies gemäss seiner Beantwortung bereits getan hat. Es ist uns klar, dass nicht alle Teile des Postulats umgesetzt werden konnten, wie zum Beispiel die Nachtruhe erst ab 24 Uhr einzuführen. Nichtsdestotrotz bitten wir den Stadtrat für die kommenden Monate weiterhin, die Gebühren für öffentliche Flächen auszusetzen und die Nutzung von öffentlichem Grund für Läden und Gastgewerbe zu forcieren. Zusätzlich soll er, wo immer möglich, kreative Lösungen auch auf öffentlichem Grund zulassen. Als Beispiel nenne ich hier Partyzelte, Feuersäulen, Sitzgelegenheiten mit oder ohne Heizkissen etc. Und wie Pascal Ackermann in seinem Postulat

bereits erwähnt hat, proaktive Bewerbung. Kommunizieren Sie mit dem Gastgewerbe, schauen Sie, wo Hand geboten werden kann. Natürlich könnte man die Verantwortung dazu ganz lapidar den Gastbetrieben zuschieben, doch vergessen wir eines nicht, Unsicherheit und Zukunftsängste lähmen die Kreativität. Da braucht es manchmal nur ein kleines Signal, um Hoffnung zu geben und Kreativität fliessen zu lassen. Kommunikation ist jedoch auch mit den anliegenden Bewohnern nötig. Das Gastgewerbe und die Stadt könnten die Anwohner gemeinsam zur Problematik des Gastgewerbes sensibilisieren und zur Solidarität aufrufen. Meine Vision ist, dass in der kalten Jahreszeit vor Restaurants Menschen in Decken gehüllt bei Feuerschein beieinandersitzen und ihrem Wunsch nach Geselligkeit in genügendem Abstand nachkommen können. In diesem Sinn und obengenanntem Sinn ist die Fraktion SP/Grüne mehrheitlich für Überweisung des Postulats.

Reto Neuber, CVP/EVP: Die Fraktion nimmt den Antrag zur Kenntnis und hat eingehend darüber beraten. Das Anliegen wird verstanden und auch gesehen. Allerdings entstünde durch das Gutheissen des Postulats eine Ungleichbehandlung denjenigen Unternehmen gegenüber, die sich nicht im Umfeld der Altstadt befinden und die genauso von der Situation betroffen sind. Das Postulat ist zu einseitig aufgegleist. Zum heutigen Zeitpunkt wurde auf Gemeindeebene die bestmögliche temporäre Lösung gefunden zur Unterstützung der Unternehmen in dieser speziellen Zeit. Die besondere Lage, in der uns das Virus fest im Griff hat, ist zudem noch nicht abgeschlossen, sodass voreilige Pakete keine langfristige Hilfe darstellen. Erst in den nächsten Wochen ist ersichtlich, welche Massnahmen zum Erhalt des Gewerbes gemacht werden können und müssen. Was ist vertretbar, was ist umsetzbar? Es ist ein Paket auszuarbeiten, das allen Unternehmen in dieser Form nachhaltig eine Unterstützung bietet. Die CVP/EVP-Fraktion lehnt daher das Postulat ab.

Christoph Seitler, FDP/XMV: Ich danke dem Postulanten für den parlamentarischen Vorschlag und dem Stadtrat für die doch sehr umfassende Antwort. Das uns vorliegende Postulat zeugt von einer hehren Haltung des Unterzeichnenden Parlamentariers und offensichtlich von mit viel Empathie geleittem politischen Denken. Insgesamt eine lobenswerte Einstellung. Was leider auf der Strecke bleibt, ist dessen Inhalt.

Wir wollen in Arbon doch alle als Folge der Corona-Pandemie kein Lädeli- und Beizlisterben erleben müssen. Was hier als Anregung zur Verhinderung eines Massensterbens kleiner und Kleinstbetriebe an den Stadtrat formuliert wurde, wirkt aber eher wie eine Schnellschusslösung, die von einem durchschnittlichen Stammtisch stammen könnte. Es ist ein Flickenteppich ohne Struktur und ohne inneres Konzept. Wohin führen uns die „Benutzung der angrenzenden öffentlichen Flächen für Läden, Fachgeschäfte, gastronomische und genussreiche Lokale und vor allem die Schaffung einer innerstädtischen Attraktivitätssteigerung mit einmal im Monat langem Freitag, eventuell mit Nutzung von Schmied-, Kappell- und Schlossgasse etc.“ hin? Es wird wahrscheinlich eine Flut von Einsprachen geben, dies seitens der Gewerbebetriebe, die sich im Vergleich zu anderen Gewerbebetrieben in der „unbürokratischen und zielgerichteten Unterstützung“ der Stadt Arbon benachteiligt sehen werden. Aber vor allem auch seitens der im Städtli wohnenden Personen, welche sich durch die erwähnten Unterstützungsmassnahmen in ihrer Wohn- und Lebensqualität eingeschränkt fühlen könnten. Die wahrscheinlichsten monetären Gewinner wären leider nicht die Kleingewerbler wie die Ladenbesitzer und Gastronomen, sondern die Anwälte, welche mit der Flut der zu erwartenden Einsprachen ihr gutes Geld verdienen werden. Auffällig ist auch, dass die im vorliegenden Postulat formulierten Ideen teilweise eine nicht wegzudiskutierende Zeitabhängigkeit aufweisen. Wie soll der Stadtrat angesichts der aktuellen BAG-Vorschriften zum Beispiel den Vorschlag würdigen, nämlich eine „Verschiebung der Nachtruhe für Gastronomiebetriebe im Aussenbereich bis um 00.00 Uhr, was auch mit dem momentanen Schutzkonzept in der Gastronomiebranche vereinbar wäre“? Hier zeigt sich doch klar das fehlende Bewusstsein des Textverfassers, dass es sich bei der vorliegenden Corona-Pandemie um ein dynamisches Geschehen handelt, welches ein prozessuales, d. h. an die aktuelle Situation angepasstes Denken voraussetzt. Ein zeitunabhängiger Vorschlag, der in jeder Situation der Pandemie umgesetzt werden könnte, wäre zum Beispiel die Gründung einer COVID-19-Task-Force für Kleinbetriebe, bestehend aus

Fachexperten der Vermarktung und Finanzierung, welche die betroffenen Betriebe in enger Abstimmung mit dem Stadtrat und entsprechend der aktuellen Pandemielage umfassend und interdisziplinär sowie im Sinn einer kostenfreien Sprechstunde beraten könnte. Insgesamt wirkt das vorliegende Postulat in dieser Form unausgereift und verfehlt das Ziel als funktionierendes politisches Instrument, die besorgnisregende Lage der betroffenen Kleinbetriebe mit drohendem finanziellem Ruin und damit einhergehendem Konkurs adäquat abzufedern. Das Postulat ist aufgrund der dargelegten Gründe deshalb abzulehnen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben festgestellt, dass wir soeben ein Postulat betreffend die Förderung von Vereinen knapp angenommen haben. Da haben wir äusserste Grosszügigkeit walten lassen betreffend dem, was man noch zustimmen kann. Es wurde dort gefordert, Mieten und so weiter zu erlassen. Wir haben festgestellt, dass die Stadt kaum Vermieter gegenüber Vereinen ist. Wir haben festgestellt, dass die Verdoppelung, das zweite Kernthema, der Jugendbeiträge nicht opportun ist, dass das Giesskannenprinzip ist und der Stadtrat hat gesagt, und wenn es dann doch noch Härtefälle gibt, dann prüfen wir die. Deshalb nehmen wir das Postulat doch gern entgegen. Und jetzt diese Strenge? Diese begreife ich nicht. Die Annahme des Postulats betreffend die Vereine bewegt mich, mich für den Vorstoss der SVP einzusetzen. Bitte gleiche Ellen betreffend allen und nicht gegenüber solchen Postulaten, die Ihnen vielleicht mehr passen.

Ich stelle fest, dass betreffend das Postulat aus Kreisen der SVP durchaus Zustimmung aus dem Stadtrat herrscht. So wird deutlich erwähnt, „So wurden zum Beispiel Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Raums, sofern die Nutzung aufgrund der aktuellen Einschränkungen nicht möglich war, vorläufig ausgesetzt und Vorauszahlungen zurückerstattet“. In diesem Sinn Annahme des Postulats.

Sodann: Die Stadt ist zum Teil Verpächter, das wissen Sie alle sehr wohl. So im Campingplatz, im Strandbad, im Seeparksaal, beim Kiosk im Hafen und im Schwimmbad. Sollen dort einfach die bundesrechtlichen Regeln gelten, 60 Prozent Erlass des Pachtzinses? Basta. Oder etwas mehr? In diesem Sinn vielleicht doch Annahme des Antrags der SVP, wenn man gleiche Ellen anwenden will und wenn man guten Willens ist.

Und drittens die Formalien. Man habe vergessen, beispielsweise Arztpraxen zu berücksichtigen. In Corona-Zeiten, wo alle krank sind, laufen doch die Arztpraxen genügend. Im Weiteren, formell kann man natürlich das Postulat sehr gut retten. Es wurde doch gesagt „et cetera“. Unter „et cetera“ ist klar, was die Postulanten gemeint haben, ein Mehreres. Deshalb bitte ich Sie, diesen formellen Einwand ebenfalls nicht gelten zu lassen.

Und dann: Im Städtli könne man keine grossen Lockerungen machen, weil da die Ruhe gestört wird. Ich denke, dass die Wirtschaften nicht mehr lange offen sein dürfen aus seuchenpolizeilichen gründen. Demzufolge spielt das eh keine Rolle mehr und das Postulat ist diesbezüglich am Lockdown oder am Teil-Lockdown, den der Bundesrat verfügt hat, eh obsolet geworden. Ich bitte Sie um gleiche Ellen betreffend Annahme von Postulaten und dieses Postulat ebenfalls gutzuheissen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Der Stadtrat teilt die Sorge um das heimische Gewerbe, vor allem die Gastronomie, Hotellerie, Tourismus durchleben sehr schwierige Zeiten und sie werden auf absehbare Zeit nicht einfacher. Der Stadtrat hat deshalb bereits am 6. April 2020 ein Konzept erlassen, das muss nicht mehr geschaffen werden. Die Massnahmen sind aufgeführt in der Beantwortung. Ich glaube, wir haben das beschlossen, was im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt und auch sinnvoll ist, um hier zu helfen. Ich glaube, weiter können wir nicht gehen. Man muss ja auch sehen, das Hauptproblem sind die fehlenden Einnahmen, und wenn noch weitere Restriktionen kommen, wenn es noch Richtung kleinen Lockdown geht wieder bis Betriebsschliessungen. Wer denkt, dass wir hier noch helfen können, überschätzt die Möglichkeiten einer Stadt definitiv. Hier ist der Bund gefragt, hier ist der Kanton gefragt und das sind sich die auch bewusst. Hier sind ja auch Hilfen geflossen. Und da sind nicht wir

Ansprechpartner, sondern da geht es um ganz andere Summen als das, was die Stadt realistischerweise stemmen kann.

Ich sehe hier auch kein Problem einer ungleichen Behandlung. Was hier gefordert wird und was realistischerweise umgesetzt werden kann, ist bereits umgesetzt. Es gibt keinen Anlass, daran etwas zu ändern. Bei den Vereinen haben wir bis jetzt noch keine Gesuche. Das ist eigentlich eine Aufforderung, wenn wirklich hier Not besteht, die nicht gedeckt ist, dass wir das entgegennehmen. Da haben wir bisher nichts bekommen. Hingegen das hier ist gelebte Realität, hier gibt es keinen Bedarf, dem Stadtrat noch ein Postulat zu überweisen. In diesem Sinn ersuche ich Sie, dieses Postulat nicht für erheblich zu erklären.

Abstimmung

Das Postulat „Solidarität mit Gewerbebetrieben der Stadt Arbon“ von Pascal Ackermann, SVP wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Bei einer Überweisung wird der Stadtrat damit beauftragt, dem Parlament innert vier Monaten einen Bericht vorzulegen.

5. Postulat „Unterstützung Vereine bei COVID-19-Härtefällen“ von Daniel Bachofen, SP/Grüne

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Das Postulat „Unterstützung Vereine bei COVID-19-Härtefällen“ von Daniel Bachofen, SP/Grüne wurde am 30. Juni 2020 eingereicht. Die Stellungnahme des Stadtrats haben Sie mit den Unterlagen vom 8. September erhalten.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Zu der Zeit, als diese COVID-Postulate eingereicht wurden, hatten wir wohl alle noch die Hoffnung, von einer zweiten Welle verschont zu bleiben. Nun stecken wir mitten in dieser zweiten Welle und die Postulate sind leider aktueller denn je. Ich möchte mich beim Stadtrat für die detaillierte und positive Beantwortung des Vorstosses herzlich bedanken.

Der Stadtrat zeigt auf, dass es bereits auf verschiedenen Ebenen Hilfe für betroffene Vereine gibt. Dies ist auch gut so, denn es würde die Finanzen der Stadt wohl komplett überfordern, generell und breitflächig finanzielle Hilfe bereitzustellen. Im Einzelfall kann es aber doch sein, dass zusätzliche Unterstützung notwendig ist. Ich denke da bspw. an eine Musikschule oder auch an Vereine wie den FC oder den HC Arbon. Auch wenn der Stadtrat dies nicht explizit schreibt, man merkt der Antwort an, dass er sich der enormen Bedeutung der Vereinsarbeit für die Arboner Bevölkerung bewusst ist. Gerade in der Jugendarbeit wird dies von der Stadt auch mit einem jährlichen Beitrag finanziell anerkannt. Ohne das grosse Engagement der Vereine, ohne die enorme Freiwilligenarbeit, die dahintersteckt, wäre Arbon um so vieles ärmer. Vermutlich sind sich alle Anwesenden einig, dass wir alle ein sehr grosses Interesse an gesunden und florierenden Vereinen haben. Grundsätzlich bin ich deshalb auch mit dem Anliegen des CVP-Postulats einverstanden und unterstütze dessen Stossrichtung. Trotzdem glaube ich, dass ein undifferenziertes Ausschütten von Geld keinen Sinn macht. Die verschiedenen Vereine sind finanziell komplett unterschiedlich von Corona betroffen. Ein Turnverein oder die Pfadi sind vermutlich mit ganz anderen Problemen konfrontiert als ein Fussballclub oder eine Musikschule, welche Mieten und Gehälter zu berücksichtigen haben. Zurzeit lässt sich wohl auch schwer abschätzen, wie stark die Belastungen wirklich ausfallen. Zu vieles ist unklar. Werden wir doch noch einen neuen Lockdown erleiden? Bleiben die aktuellen Einschränkungen bis zum Frühling bestehen oder können sie in ein, zwei Monaten wieder gelockert werden? Aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass die Stadt, wie im Postulat vorgeschlagen in Härtefällen helfen soll. Das Geld soll aber nicht mit der Giesskanne verteilt, sondern gezielt für diejenigen verwendet werden, die es am nötigsten brauchen. Gerade in der heutigen Situation mitten in der zweiten Welle muss ich dem Stadtrat Recht geben, dass die vorgeschlagenen CHF 50'000 vielleicht nicht ausreichend sein werden. Aufgrund der Antwort des Stadtrats bin ich aber zuversichtlich, dass er mit

Augenmass und innerhalb seiner finanziellen Kompetenzen im Härtefall Hand bieten kann. Wichtig ist dabei natürlich auch, dass die Vereine wissen, dass diese Bereitschaft vorhanden ist und sie sich bei der Stadt melden können. Ich bitte Sie deshalb, der Überweisung des Postulats zuzustimmen und damit dem Stadtrat ein klares Zeichen zu geben, im Härtefall zu helfen. Zudem ist die Überweisung auch ein Signal an die Arboner Vereine und deren freiwillige Mitarbeiter, dass man ihre Arbeit wertschätzt und sie in schwierigen Zeiten unterstützt. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Myrta Lehmann, CVP/EVP: Unsere Fraktion hat dieses Postulat, das sehr ähnlich ist zum Postulat „Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeit“ diskutiert und sich beraten. In diesem Postulat wird auch der Kulturbereich miteinbezogen, was uns sehr freut. Neben dem Sport vergisst man gern den kulturellen Bereich, der allgemeingesellschaftlich wie auch für unsere Jugend sehr viel leistet. Der Fraktion CVP/EVP ist wichtig, dass kein Giesskannenprinzip betreffend Unterstützung der Vereine entsteht. Es kann nicht sein, dass finanziell gut situierte Vereine automatisch von einer allfälligen Unterstützung profitieren. Der Stadtrat muss hier genau hinschauen, welche Vereine bei COVID-19-Härtefällen zum Zug kommen sollen. Die Fraktion CVP/EVP stimmt dem Postulat zu.

Rico Baettig, FDP/XMV: Ich verzichte darauf, nochmals alles über COVID-19 zu berichten, sondern möchte nur noch kurz einen wichtigen und wesentlichen Vorteil dieses Postulats aus unserer Sicht nennen. Wir haben einen klaren Kostendeckel, es ist kalkulierbar und so auch im Budget irgendwie erfassbar. Deshalb ist dieses Postulat zu unterstützen und von unserer Seite her anzunehmen.

Matthias Schawalder, SVP: Dass die SVP-Fraktion die Unterstützung von Vereinen mit Jugendförderung begrüßt, habe ich bereits im Fraktionsvotum zum Postulat „Unterstützung von Arboner Vereinen mit Jugendarbeit“ zum Ausdruck gebracht. Dieses Postulat hier jedoch sieht im Gegensatz zum vorhergehenden vor, dass mit einem fix definierten maximalen Geldbetrag nur diejenigen Vereine unterstützt werden, die von der Krise auch wirklich betroffen sind. Dies wird nicht nach dem Giesskannenprinzip gemacht, sondern es wird dort angesetzt, wo es zu tatsächlichen Ausfällen oder Mehrkosten gekommen ist. Mit dieser Vorgehensweise kann sichergestellt werden, dass das Geld auch wirklich dort ankommt, wo es benötigt wird. Der Stadtrat bezweifelt in seiner Antwort, dass die vorgesehenen CHF 50'000 genügen werden, um effektiv finanzielle Härtefälle ausgleichen zu können. Die SVP-Fraktion versteht den Zweck dieses Postulats nicht darin, alle finanziellen Schäden, welche durch die COVID-19-Krise entstanden sind, zu egalisieren. Es geht darum, die betroffenen Vereine zu entlasten und die Wertschätzung der Stadt zum Ausdruck zu bringen. Die Details der Umsetzung sollen, wie das Postulat vorsieht, dem Stadtrat überlassen werden. Die SVP-Fraktion stimmt für eine Überweisung dieses Postulats.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Es ist schade, dass wir es verpasst haben, die Stossrichtung anzugeben. Wir lassen nun als Parlament beide Stossrichtungen der beiden Postulate unter Traktandum 3 und Traktandum 5 offen, aber wir hätten hier eigentlich eine klare Stossrichtung geben können. Nun bleibt uns nichts Anderes übrig, als beide Postulate anzunehmen und der Stadtrat kann ein bisschen machen, was er will. Ich denke, es wäre für die Zukunft schlauer, wenn wir als Parlament Strategien entwickeln, wie wir eben als gesetzgebende Behörde die Stossrichtung festlegen können. So erreichen wir gar nichts.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Das vorliegende Postulat liegt letztlich ganz auf der Linie der bereits dargestellten COVID-19-Grundsätze des Stadtrats vom 6. April 2020. In diesem Sinn sind wir sehr gern bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte Cyrill Stadler entgegnen, dass ein Postulat immer nur eine Einladung ist an den Stadtrat, etwas zu prüfen. Es geht ja um einen Bereich, wo der Stadtrat ausschliesslich zuständig ist, und ich habe vorhin schon beim ersten Postulat gesagt, dass der Stadtrat eben nur bereit ist, das Postulat auch in diesem Sinn entgegenzunehmen. Von da her gibt es ja keinen Widerspruch. Es liegt in der Natur der Sache,

dass hier der Stadtrat zwar zur wohlwollenden Prüfung angehalten ist und das natürlich auch macht, aber letztlich frei ist, was er macht.

Abstimmung

Das Postulat „Unterstützung Vereine bei COVID-19-Härtefällen“ wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP. Bei Überweisung hat der Stadtrat den Auftrag, innert vier Monaten dem Parlament Bericht zu erstatten.

6. Interpellation Fonds für energiepolitische Massnahmen von Daniel Bachofen, SP/Grüne, und Ruedi Daep, SVP

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Die Interpellation «Fonds für energiepolitische Massnahmen» wurde am 27. Februar 2020 von Daniel Bachofen, SP/Grüne und Ruedi Daep, SVP eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Ruedi Daep, SVP: Der Stadtrat hat die Interpellation zum Fonds für energiepolitische Massnahmen ausführlich und sorgfältig beantwortet. Wir möchten ihm und den beteiligten Verwaltungsangestellten an dieser Stelle herzlich danken. Die Beantwortung ist aus unserer Sicht schlüssig und wir freuen uns sehr, dass der Stadtrat den Handlungsbedarf beim Energiefonds anerkennt und Lösungsvorschläge präsentiert. Diese gehen aus unserer Sicht in die richtige Richtung und wir stimmen der stadträtlichen Zielsetzung einer vereinheitlichten Finanzierung zu. Trotzdem glauben wir, dass die Antwort einige Punkte offenlässt, respektive zu weiteren Fragen führt. So fragen wir uns zum Beispiel, ob zusammen mit einer Vereinheitlichung der Finanzierung nicht auch der Katalog mit den zu fördernden Massnahmen überarbeitet werden sollte. Weiter ist zu diskutieren, ob eine Ausweitung des Fonds von Energiethemen zu allgemeinen Umweltthemen wirklich sinnvoll ist. Schlussendlich stellt sich aus politischer Sicht die Frage, ob es richtig ist, dass der Stadtrat diese Änderung zusammen mit der Energiekommission umsetzt oder ob es nicht besser wäre, hier im Stadtparlament eine gesetzliche Grundlage für diese Förderung zu schaffen. Ihre Meinung zu den Vorschlägen des Stadtrats und zu diesen Fragen interessiert uns sehr. Da eine Diskussion auch für das weitere Vorgehen des Stadtrats von Interesse ist, beantragen wir Ihnen die Diskussion und hoffen, dass Sie dieser zustimmen werden.

Abstimmung

Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Daniel Bachofen, SP/Grüne: Als Erstes möchte auch ich dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation danken. In seiner Antwort spricht der Stadtrat von enormen Anstrengungen und Investitionen, die in den nächsten Jahren nötig sein werden, um das Netto-null-Ziel der Schweiz zu erreichen. Richtigerweise spricht er dabei von Investitionen, denn das aufgewendete Geld ist nicht einfach ausgegeben, sondern eben tatsächlich in unsere Zukunft investiert. Dabei ist der Return of Invest je nach Massnahme nicht nur darin gegeben, dass wir zu einem lebenswerten Planeten beitragen und auch unseren Kindern eine Zukunft sichern, teilweise sind die Massnahmen bereits heute auch wirtschaftlich interessant. Aus diesen Gründen ist es enorm wichtig, dass Arbon seinen Fonds für energiepolitische Massnahmen wieder so aufstellt, dass er der Stadt und ihren Bürgern hilft, das Netto-null-Ziel zu erreichen.

Die Relevanz der Energieziele hat ja auch der Stadtrat im Jahr 2012 schon erkannt und deshalb den Fonds ins Leben gerufen. Ausgestattet mit CHF 600'000 startete der Fonds auf soliden

Beinen und in den ersten Jahren wurde er auch rege genutzt. Wieso anstelle der geplanten CHF 600'000 nur rund CHF 390'000 in den Fonds eingezahlt wurden, erklärt der Stadtrat mit seiner Antwort leider nicht. Interessanter würde mich dieses Detail aber schon. Wie auch immer – der Fonds scheint nach 2015 etwas in Vergessenheit geraten zu sein. Erst 2019 erinnert man sich wieder und wickelt die Erneuerung der Beleuchtung dieses Seeparksaals über den Fonds ab. Eine Massnahme, deren energiepolitische Relevanz wohl zumindest fraglich ist, die aber bis heute mit Abstand die grösste Investition darstellt, die über den Fonds getätigt wurde. Es scheint, dass der Stadt ein wenig die Stossrichtung oder ein Konzept gefehlt hat, was mit dem Fonds erreicht werden sollte. So liest sich die Liste der realisierten Projekte etwas beliebig und eine konsequente Ausrichtung der Aktionen fehlt. Zurzeit weist der Fonds noch etwas mehr als CHF 200'000 auf, beinahe so viel Geld, wie in den letzten acht Jahren investiert wurde. Trotzdem hat der Stadtrat keine konkreten Projekte in Planung. Es scheint nicht nur bei der Finanzierung des Fonds zu mangeln, sondern auch bei den nötigen Ressourcen, um sinnvolle Projekte auf den Weg zu bringen. Zumindest bei den Ressourcen hat der Stadtrat mit der Besetzung einer zusätzlichen Stelle im Bereich Energie aber bereits einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die Idee, alle Energiefördermassnahmen unter dem Dach des Fonds zusammenzufassen, macht aus unserer Sicht Sinn. Auch dass der Fonds aus verschiedenen Quellen gespiesen werden soll, ist zu begrüssen. Sollte der Fonds als Energie- und Umweltfonds allerdings so breit aufgestellt werden, dass auch generelle Umweltthemen damit abgedeckt werden sollen, müsste man sicherstellen, dass auch die nötigen Ressourcen bei der Stadt vorhanden sind, um sinnvolle Projekte mit dem Fonds zu realisieren. Unter den aktuellen Umständen scheint dies nicht gegeben zu sein und eine Ausweitung würde vermutlich mehr zu einer Verzettelung führen als zu einem gezielten und damit auch schlagkräftigen Einsatz der Gelder.

Werden die Energiefördermassnahmen der Stadt unter einem Dach vereint, so ist es aus unserer Sicht zwingend, auch den Förderkatalog zu überarbeiten. Dabei sollte definiert werden, welcher Anteil für Projekte der Stadt und welcher Anteil für Dritte zur Verfügung steht. Wir würden es begrüssen, wenn sich die Stadt beim neuen Förderkatalog an die Fördermassnahmen des Kantons anlehnt. Die Gemeinde könnte sich so die Prüfung der Gesuche vereinfachen und jeweils den Kantonsbeitrag ergänzen. Natürlich kann es hier Sinn machen, nicht den ganzen Förderkatalog des Kantons zu unterstützen.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage, mit wie viel Geld der Fonds ausgestattet werden muss, um die Ziele der Stadt im Bereich der Energieeffizienz und CO₂-Neutralität zu erreichen. Aktuell wenden wir in der laufenden Rechnung ca. CHF 1.7 pro Einwohner auf. Bezogen auf das Gesamtbudget ist das gerade mal 0.5 Promille. Dies ist aus meiner Sicht definitiv ein viel zu tiefer Wert. Vermutlich bräuchte es mindestens CHF 15 bis CHF 20 pro Person. Eine solche Erhöhung erscheint mir aber für Arbon aktuell nicht realistisch. Wenn wir also als Ziel CHF 10 pro Person anstreben würden, lägen wir damit dann bei 2.7 Promille oder CHF 150'000. Im ersten Moment klingt dies natürlich nach sehr viel Geld, schlussendlich stellt sich aber die Frage, ob diese Aufwände gerechtfertigt und nötig sind oder nicht. Dies sieht man auch bei anderen Ausgaben der Stadt. Niemand kommt auf die Idee, dass wir die Informatik der Stadt abschaffen sollten, obwohl die Aufwände bei CHF 580'000 liegen. Eine leistungsfähige Informatik ist für den effizienten Betrieb in der Stadtverwaltung sehr zentral. Auch der Fahrzeugunterhalt ist vermutlich weitgehend unbestritten, obwohl wir diesen mit ebenfalls knapp CHF 200'000 berappen. Selbstverständlich muss der Energiefonds für die Stadt weiterhin auch finanzierbar sein. Hier ist die Finanzierung über verschiedene Pfeiler wie vom Stadtrat vorgeschlagen von Vorteil. Wenn es gelingt, den Fonds auf drei Standbeine zu stellen und einen Teil über Arbon Energie zu finanzieren, einen zweiten Teil über Rechnungsüberschüsse, so wäre sicher auch der dritte Teil, nämlich der jährliche Beitrag der Stadt, verkraftbar. Aktuell ist der Fonds für energiepolitische Massnahmen in einer Richtlinie des Stadtrats geregelt. Somit liegt er in dessen alleiniger Kompetenz. Um den überarbeiteten Energiefonds politisch breiter abzustützen, stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, diesen in einem Reglement zu definieren. Das Stadtparlament könnte sich dann bei der Gesetzgebung einbringen und einen klaren Rahmen für die Verwendung der Gelder definieren. So könnten beispielsweise auch die wichtigsten Punkte der Motion „Energiewende jetzt“ abgedeckt werden. Es liessen sich in diesem Reglement die

Reduktionsziele politisch verankern, die Berichterstattung regeln und definieren, zu welchem Anteil städtische Massnahmen gefördert, respektive wie hoch der Anteil für Fördergelder an Dritte sein soll. Neben der Finanzierung könnten auch die Förderbereiche festgelegt werden. Natürlich sähe ich an dieser Stelle auch die Förderung der PV-Anlagen als wichtig an. Dass dieses Vorgehen nicht unüblich ist, zeigt sich daran, dass auch Städte wie Frauenfeld oder Wil ihren Energiefonds auf diese Weise geregelt haben.

Zum Schluss möchte ich aber nochmals betonen, dass wir die Beantwortung des Stadtrats sehr positiv zur Kenntnis genommen haben. Wir stehen auch der Überarbeitung der Richtlinien des Fonds und der vereinheitlichten Finanzierung sehr positiv gegenüber. Diese stützen die Arboner Energiepolitik und machen sie auf jeden Fall tragfähiger.

Pascal Ackermann, SVP: Wir danken dem Stadtrat für die gute Beantwortung der Interpellation. Dass der Fonds und das Konto Energieförderbeiträge künftig zusammengenommen werden, erachten wir als sinnvoll. Im Gleichen muss natürlich der Rahmen für die Finanzierung geregelt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt sinnvolle Massnahmen zur Förderung nachhaltiger Energie bzw. Energiesparmassnahmen. Dies jedoch mit Augenmaß und nicht einfach, um etwas gemacht zu haben, was unter Umständen dann nur kostet und der Nutzen letztlich begrenzt ist. Dass in Zukunft Teile des Rechnungsüberschusses in diesen Fonds fliessen, sehen wir aufgrund der weiterhin angespannten finanziellen Lage Arbons und der Corona-Krise mittelfristig leider nicht als möglich an.

Riquet Heller, FDP/XMV: Vorweg ein Kompliment an die Interpellanten. Man erkennt bei Kollege Bachofen deutlich den beruflich theoretischen Sachverstand als Elektroingenieur und bei Ruedi Daepf den beruflich praktischen Sachverstand als Bauer, der sich mit der Biogasproduktion engagiert. Schön, solche Parlamentarier in unseren Reihen zu wissen. Dies als Gegengewicht zum wohlbezahlten Stadtrat und seiner ebenso wohlbezahlten Verwaltung samt den Experten, die sie beizuziehen und zu berappen pflegen. Aber auch dem Stadtrat vielen Dank für die fundierte Beantwortung der Interpellation.

Meine Fraktion unterstützt energie- und CO₂-sparende Massnahmen. Vorige Woche hat die FDP Schweiz mit einer Videokonferenz Delegiertenbeschlüsse kontrovers erarbeitet und festgehalten, nämlich, dass dem entsprechenden Kurs der Parteileitung Schweiz als Basis zugestimmt werde. Die FDP Arbon gehört zu dieser landesweiten FDP-Basis und schert nicht aus, sondern unterstützt diesen Kurs.

In seinem Vorwort sowie in Ziff. 3 erläutert der Stadtrat, wann die Mittel für energiesparende und damit in der Regel auch CO₂-sparende Emissionen senkende Massnahmen aus einem speziellen Fonds stammen und wann die Mittel direkt der Rechnung der Stadt und somit dem Steuerzahler belastet werden. Ein Fonds existiert fürs volle Bezahlen von energiesparenden Projekten, die im Eigentum der Stadt sind. Dieser Fonds für stadteigene Investitionen wurde mit Beträgen aus der Stadtkasse und der Arbon Energie alimentiert. Der Fonds bleibt bestehen, bis er erschöpft ist. Was gilt für Projekte bei Privaten? Diese werden nur subventioniert. Das heisst, den Privaten werden nur Teilbeträge an ihre Kosten bezahlt. Diese Beträge werden der Erfolgsrechnung der Stadt direkt belastet. Dies im Rahmen des Budgets. Wird dieser Budgetposten in einem Jahr nicht ausgeschöpft, verfällt dieser Posten. Was passiert aber, wenn Private mehr Subventionen geltend machen, als budgetiert ist? Dies wird in der Antwort vom Stadtrat zur Interpellation nicht erläutert. Ich gehe davon aus, dass die Privaten die von ihnen verlangten Subventionen auch dann erhalten, wenn die Budgetposition überschritten wird. Die Privaten können ja nichts dafür, dass die Stadt zu wenig budgetiert hat. Anders wäre es, wenn den Privaten erklärt würde, Subventionen würden nur ausbezahlt, solange es noch Geld im Fonds hat. Auf Deutsch heisst dies: Beeilt euch mit dem Realisieren von euren privaten Projekten, solange es noch Geld im entsprechenden Fonds hat. Dieses Prinzip mag insofern ungerecht sein, als sich die ersten Antragsteller bedienen können, die letzten dagegen leer ausgehen werden. Dies ist aber nicht bloss schlecht, so werden nämlich vorab die Pioniere einer Entwicklung belohnt. Sie zahlen den Anbietern für deren Neuheiten noch Preise ohne Rabatte, weil es wenig Konkurrenz gibt und die

Anbieter ihre Entwicklungskosten hereinholen wollen. Weiter wissen wir, dass technische Neuheiten notorisch unter Kinderkrankheiten leiden. Wer dagegen als lahme Ente auf den mittlerweile sicher fahrenden Zug aufspringen will, für den ist jetzt kein Geld mehr im Subventionstopf. Ein Beispiel dafür: Wer sich vor zehn Jahren ein Elektrovelo gekauft hat, erhält von der Stadt eine Subvention. Wer heute ein solches kauft, wo es eine Vielzahl von Herstellern gibt, die Preise tief sind und die Kinderkrankheiten dieser Velos behoben sind, erhält keine Subvention mehr. Gut so. Dagegen scheint es unserer Fraktion sonderbar, dass die Stadt ihre eigenen Projekte über Jahre hinauszögern kann, ohne dem Parlament und dem Volk via Budget und Rechnung Rechenschaft ablegen zu müssen. Durch das Abbuchen via Fonds sind diese Kosten gewissermassen über Jahre hinaus zugesicherte Gratisausgaben, welche weder Rechnung noch Budget belasten. Daraus sind zwei Schlüsse zu ziehen.

1. Es gibt klare Kriterien, welche Massnahmen über einen Fonds finanziert werden, nämlich stadteigene Projekte zu 100 %, und welche Massnahmen über die Rechnung und das Budget finanziert werden, nämlich Projekte von Privaten. Und Private erhalten zudem zu ihren Subventionen von der Stadt noch solche von Bund und Kanton.
2. Es wäre sinnvoller, wenn öffentliche Energie und CO₂-sparende Projekte via Budget und Rechnung finanziert würden, während Subventionen an private Projekte mit einem Fonds gedeckelt würden. So hätten Parlament und Volk jährlich die Kontrolle über die Projekte der Stadt und Subventionen an Private können nicht aus dem Ruder laufen. Im Gegenteil, die Privaten werden angespornt, so schnell als möglich ihre Projekte zu realisieren, nämlich solange es noch Geld im Fonds hat. Das befeuert eine Entwicklung.

Zu Ziff. 1 und 2 der stadträtlichen Interpellationsantwort gibt es keine Bemerkungen, da diese klar sind. Zu Ziff. 3 der Antwort habe ich mich bereits geäussert. Wir finden das zweigleisige Vorgehen als wohlbegründet, namentlich würde es Sinn machen, wenn Subventionen an Private via Fonds gedeckelt und Investitionen der Stadt über die laufende Rechnung abgewickelt würden.

Was hat die Stadt vor mit Geld aus diesem Fonds? Wir haben heute bereits angetönt erhalten, dass es hier ein Feigenblatt gibt, nämlich konkretes Projekt ist, dass man ein Fahrzeug anschafft, das elektrisch angetrieben ist. Etwas Sinnvolles, denn die Fahrzeuge unserer Stadt machen in der Regel nur sehr kurze Distanzen. Insofern gibt es ein kleines Projekt, das gerade am Laufen ist.

Bei Ziff. 5 wird erwähnt, dass der Stadtrat das zweigleisige Vorgehen bei der Finanzierung der Förderung von Massnahmen zu Gunsten einer generellen Fondslösung aufgeben möchte. Zur Speisung dieses generellen Fonds sollte zudem die Arbon Energie herangezogen werden. Nicht einverstanden ist meine Fraktion namentlich mit der Feststellung, dass beim Anzapfen von Mitteln der Arbon Energie „in der Tat Handlungsbedarf herrsche“.

Zum ersten Kritikpunkt betreffend die Finanzierung: Gibt es nur noch einen Fonds, haben dessen Mittel hoch zu sein, denn damit werden nicht nur die Subventionen an Private bezahlt, sondern auch die vollen Kosten der energie- und CO₂-sparenden Investitionen der Stadt. Eine eindeutige und klar begründbare Deckelung für die Subventionen an Private gibt es demzufolge nicht mehr. Es gibt darum keinen Grund, die klar unterscheidbare und wohlbegründete zweigleisige Unterstützung von energiesparenden und CO₂-ausstossdämpfenden Investitionen aufzugeben.

Zweiter, harscherer Kritikpunkt: Sie erinnern sich an das Aufheben, das meine Fraktion im Rahmen des Schwankungsreglements gemacht hat. Was war der Hintergrund dafür? Es waren die enorm hohen Gewinne der Arbon Energie, welche dies in Form von Abschreibungen und Rückstellungsreserven zurückbehält, tresoriert, was zum Steigen des Preises der Aktie dieses Unternehmens geführt hat. Dies wurde sichtbar, als der Kanton via HRM2-Rechnungsmodell verlangte, dass zumindest die 49 % Aktien, welche die Stadt als Finanzvermögen hält, zu Marktpreisen bilanziert werden müssen. Die Stadt Arbon hätte augenblicklich einen Millionengewinn ausgewiesen, wenn sie den Marktwert dieser Aktien hätte erfolgswirksam verbuchen müssen. Flugs erarbeitete die Stadt zusammen mit uns Parlamentsmitgliedern ein

Schwankungsreglement, um diese enormen Mittel der Arbon Energie buchhalterisch neutral parkieren zu können. Wie ist es denn zu diesem hohen Wert der Aktien der Arbon Energie gekommen? Weil diese Gesellschaft als monopolartiger Energieverkäufer über Jahre satte Preise gegenüber uns Kleinkonsumenten durchsetzen konnte und kann. Und weil die Dividende an die Stadt gemäss Statuten dieser Aktiengesellschaft auf 6 % beschränkt ist. Ist diese Beschränkung sinnvoll? Ja, denn sonst könnte sich die Stadt in einem gewissen Grad statt über Steuern auch über den Verkauf von Strom finanzieren. Wir erinnern uns historisch, es gab Staaten und Zeiten, da haben sich die öffentlichen Körperschaften beispielsweise über den Verkauf von Salz finanziert. Das Salz wurde verteuert verkauft und so wurde der Staat finanziert. Dasselbe könnte man auch betreffend Strom machen. Das wollen wir aber nicht, sondern Strom und Energie plus Wasser sollen im Sinn des genossenschaftlichen Prinzips an den Konsumenten nahe zu den Selbstkosten oder gerade zu den Selbstkosten abgegeben werden. Seit je versucht die Stadt, bei der Arbon Energie nicht nur diese 6 % Dividende, sondern noch weitere geldwerte Leistungen locker zu machen. Beispiel Strassenbeleuchtung, Löschwasser, Durchleitungsrechte und dergleichen mehr. Nun geht es darum, dass der Speck der Arbon Energie auch im grossen Stil und wegen Handlungsbedarf fürs Energiesparen und für die Reduktion der CO₂-Emissionen herangezogen werden soll. Meine Fraktion bezweifelt, dass dies die gerechte und korrekte Finanzierung solcher Massnahmen ist. Soll zum Beispiel derjenige, der eine Wärmepumpe betreibt und darum überdurchschnittlich viel Strom braucht, indirekt auch mehr fürs Energiesparen und die CO₂-Reduktion bezahlen, obwohl er gerade das mit der Wärmepumpe erreicht? Weiter fragt sich meine Fraktion, ob die Arbon Energie so ohne Weiteres Zahlungen im Betrag von mehreren Hunderttausenden von Franken pro Jahr an einen Energiefonds der Stadt machen darf. Weiter könnte dies als Verwendung bislang noch nicht versteuerter Mittel Steuern auslösen. Mag sein, dass die Stadt Arbon steuerbefreit ist, was sagen aber der Bund, der Kanton, die Schulen und die Kirchen zum Mittelabfluss einseitig an die Stadt Arbon als Alleinaktionärin dieser Aktiengesellschaft? Sind das Aufwendungen dieser Gesellschaft, Betriebsaufwendungen oder sind es Gewinnausschüttungen? Meine Fraktion hat die entsprechenden Diskussionen noch nicht zu Ende geführt. Infrage käme auch eine allgemeine Strompreisreduktion, etwa in Form von Rabatten, oder dass die Arbon Energie einen höheren Preis für die Rückspeisung von Strom und Wärme zahlt, die Private mit ihren Sonnenkollektoren oder ihren betriebseigenen Wärmeanlagen produzieren. Es sei auf die analogen Diskussionen bspw. im Parlament der Stadt Frauenfeld verwiesen. Wir sind nicht die ersten, die mit diesem Problem konfrontiert sind. In Frauenfeld wird das schon seit Längerem und sehr kontrovers im Stadtparlament diskutiert. Klar ist für mich, wo Geld ist, da sind auch Begehrlichkeiten. Es wäre besser gewesen, man hätte die Arbon Energie von allem Anfang an schlank gehalten. Das hätte uns auch ein Schwankungsreglement erspart. Gespannt und kritisch wartet die FDP/XMV-Fraktion dann auf den entsprechenden Handlungsbedarfsvorschlag, den uns der Stadtrat gemäss seiner Antwort am Schluss der Interpellationsantworten auf Frühling 2021 versprochen hat. In diesem Sinn bitte ich Sie um Kenntnisnahme der meines Erachtens sehr wohlbegründeten und spannenden Interpellation und der Antworten dazu.

Stadtrat Didi Feuerle, Grüne: Besten Dank für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme der Interpellationsantwort und die wohlwollende Aufnahme für die Zusammenlegung der beiden Fördersysteme. Der Stadtrat wird sich an die Arbeit machen und die Richtlinien für den Fonds für energiepolitische Massnahmen anpassen, sodass auch private Projekte daraus gefördert werden können. Wie genau die Finanzierung dieses Fonds vonstattengehen soll, müssen wir selbstverständlich noch beraten. Allenfalls wäre es schon möglich, beispielsweise bei positiven Rechnungsausschlüssen einen Teil des Jahresgewinns in den Fonds einzulegen. Dies wird beim Kanton seit Jahren erfolgreich praktiziert. Dort steht auch sehr viel Geld zur Verfügung, weil der Kanton in den letzten 7-8 Jahren immer sehr gute Abschlüsse gemacht hat. Das kommt uns jetzt auch in der Corona-Zeit zugute, die Energiefördermassnahmen können weiterhin aufrechterhalten werden. Ich versuche, noch ein paar Antworten auf die Fragen zu geben, die noch aufgekommen sind.

Zum Beispiel von Daniel Bachofen betreffend die Antwort 6a, als er sich gewundert hat, warum die Arbon Energie AG denn in den Jahren 2011-2013 nicht jährlich die abgemachte maximale

Abgabe von CHF 200'000 gemacht hat. Ich bin jetzt fündig geworden. In diesen Jahren hat die Arbon Energie AG für die Stadt Arbon bei verschiedenen Projekten Energieberatungen gemacht und hat das dann direkt abgezogen und nicht CHF 200'000 bezahlt und dann gleichzeitig noch eine Rechnung gestellt. Darum sieht jetzt dieser Saldo etwas exotisch aus. Selbstverständlich wird der Energieförderkatalog von der Energie- und Umweltkommission jährlich überarbeitet. Wir können im Moment nicht so viele Sachen fördern, wie das beispielsweise der Kanton kann, wir müssen ja auch das Augenmass walten lassen. Wie gesagt, beim Förderkatalog können wir ja eigentlich nur die Gelder sprechen, welche Sie, das Parlament, uns jährlich zur Verfügung stellen. Dieses Jahr sind es CHF 25'000, Daniel Bachofen hat das ausgerechnet, etwa CHF 1.70 pro Einwohnerin und Einwohner. Sie merken, mit CHF 25'000 kommt man nicht sehr weit. Da kann man ein paar Wärmepumpen mit bspw. CHF 700 pro Wärmepumpe fördern, zusätzlich erhält man ja auch vom Kanton glücklicherweise einen noch höheren Betrag, wenn man von einer Gas- oder Ölheizung auf eine Wärmepumpe umsteigt.

Ob der Fonds dann auch Energie- und Umweltfonds heissen soll und beispielsweise auch Grünthemen damit gefördert werden könnten: Ich stelle mir da zum Beispiel vor, wenn jemand seinen Garten umgestalten möchte und irgendwie Tipps erhalten möchte, wie so ein Garten biodivers gestaltet werden könnte oder vielleicht grosse Rasenflächen in Blumenwiesen umgestaltet werden, könnte hier vielleicht auch die Stadt unterstützend helfen.

Das wäre im Moment alles, was ich dazu zu sagen habe und besten Dank für die wohlwollende Aufnahme.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Ich stelle fest, dass die Interpellation mit der Diskussion als beantwortet gilt.

7. Ergänzungswahlen ins Wahlbüro

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Susanne Bachofen, SVP hat den Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. Den Sitz gilt es von der SVP neu zu besetzen. Die SVP schlägt Ihnen Fiorentino Marone vor.

Pascal Ackermann, SVP: Die SVP schlägt Ihnen als neues Mitglied des Wahlbüros Fiorentino Marone vor. Fiorentino Marone ist am 27. Oktober 1959 geboren, er ist mit seiner Frau Giuseppina verheiratet und hat eine Tochter sowie einen Sohn. Er ist gelernter Automechaniker und bei der SBB für den Fahrzeugunterhalt und Reparatur der Turboflotte zuständig. Nebenbei ist er als Präsident des AS Scintilla Arbon sowie als Präsident der Personalkommission SBB tätig. Bitte unterstützen Sie die Wahl von Fiorentino Marone.

Abstimmung

Fiorentino Marone wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Ebenfalls hat René Gähler, XMV den Rücktritt aus dem Wahlbüro eingereicht. Der Sitz der XMV ist ebenfalls neu zu besetzen. Die XMV schlägt dem Stadtparlament Romy Zimmermann vor.

André Maegert, FDP/XMV: An dieser Stelle möchte ich erwähnen, René Gähler musste leider aus schweren gesundheitlichen Gründen von diesem Amt zurücktreten. Wir danken an dieser Stelle für seinen geleisteten Einsatz und wünschen ihm von Herzen alles Gute. Für seine Ersatzwahl schlägt Ihnen die Fraktion FDP/XMV eine junge, motivierte und tatkräftige Arbonerin vor. Es handelt sich dabei um Romy Zimmermann. Sie ist 18-jährig, in Arbon aufgewachsen und zur Schule gegangen und im Frühling hat sie in Romanshorn ihre Matura abgeschlossen. Ihre ausgezeichnete Maturaarbeit mit dem Titel „Was muss man beim Schreiben einer Kurzgeschichte beachten?“ kann ich hier in diesem Gremium nur empfehlen. Aktuell verdient Romy Zimmermann

ihr erstes Geld und plant, im Jahr 2022 die Polizeischule zu absolvieren. Sie ist politisch sehr interessiert und möchte mit diesem Engagement im Wahlbüro den Einstieg in die politische Karriere schaffen. Und wer weiß, vielleicht tritt sie ja auch irgendwann in die Fussstapfen ihres Vaters, von Stadtrat Jörg Zimmermann. Unsere Fraktion empfiehlt dem Parlament herhaft, die Wahl von Romy Zimmermann anzunehmen.

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Stadtrat Zimmermann, ich kann aus eigener Erfahrung sprechen. Du kannst dich mit meinem Vater absprechen, wie das Wohlgefühl ist, wenn der Sohn oder die Tochter am Stuhl sägt. Ich bitte dich, das dann im Nachhinein zu machen.

Abstimmung

Romy Zimmermann wird einstimmig als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

8. Fragerunde

Präsident Lukas Auer, CVP/EVP: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements führt das Parlament am Ende der Sitzung eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt, der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort, mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt. Es wurde eine Frage von Myrta Lehmann, CVP/EVP eingereicht und zum gleichen Thema wurde kurzfristig eine Frage von Cyril Stadler, FDP/XMV eingereicht. Dominik Diezi wird die beiden Fragen zusammen beantworten.

Myrta Lehmann, CVP/EVP: Ende 2019 beschloss der Stadtrat, die städtebauliche Qualität des Projekts Riva unter Berücksichtigung der ISOS prüfen zu lassen. Am 18. Mai 2020 folgte dazu die Pressemeldung, dass der Stadtrat den Auftrag für ein Gutachten an die Architektin Regula Iseli vergeben hat und der Bericht dazu bis im Spätsommer 2020 vorliegen soll. Liegt dieser Bericht nun vor? Wenn ja, konnte sich der Stadtrat bereits damit befassen und was sind in Sachen Kommunikation die geplanten Schritte? Und wenn nein, hat man nachgehakt, wie lange es noch dauern wird? Meine Anfrage hier und jetzt ist heute Morgen via Medienmitteilung eigentlich beantwortet worden. Mich interessiert jedoch in diesem Zusammenhang doch noch Folgendes: Wurde der Bericht ISOS bereits teilweise erstellt und jetzt, wie in der Medienmitteilung genannt, auf Eis gelegt, wird also nicht fertiggestellt? Ist es nicht sowieso von Wichtigkeit, dass das unabhängige Gutachten vorliegt? Dies wurde schliesslich vom Stadtrat im Frühling als unabdingbar zur Lösungsfindung in Auftrag gegeben. Besten Dank für die Beantwortung.

Cyrill Stadler, FDP/XMV: Meine Frage kam wirklich kurzfristig zustande. Ich habe gestern Morgen diese Medienmitteilung von Stadtpräsident Dominik Diezi erhalten, respektive heute Morgen den Artikel in der Thurgauer Zeitung gelesen. Am 18. Mai 2020 schrieb der Stadtpräsident Dominik Diezi in einer Medienmitteilung, dass er die nächsten Schritte in diesem Projekt auf solide Basis stellen wolle. Deshalb hätte er Ende 2019 entschieden, ein städtebauliches Gutachten in Auftrag zu geben. Während beim bereits bestehenden Gutachten das Hotel Metropol im Zentrum gestanden hätte, solle nun die städtebauliche Qualität des Projekts Riva unter Berücksichtigung des ISOS (Bundesinventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz) beurteilt werden. Der Auftrag für dieses Gutachten wurde an eine Zürcher Professorin, Frau Regula Iseli, erteilt. Die Erarbeitung, so dieselbe Medienmitteilung, solle CHF 13'000 kosten und bis in den Spätsommer dauern. Bei Vorliegen des Gutachtens würde sich dann der Stadtrat damit auseinandersetzen und darauf basierend über das weitere Vorgehen entscheiden, so der weitere Wortlaut der zitierten Medienmitteilung. Gestern nun verschickt derselbe Stadtpräsident abermals eine Medienmitteilung zum selben Thema. Die Richtung ist nun plötzlich eine ganz andere. Erfreut nehme der Stadtrat zur Kenntnis, dass der Generalsekretär des Departements für Bau und Umwelt (DBU) dem Wunsch des Stadtrats entspreche und in Bezug auf das geplante Projekt Riva zur Vermittlung bereit sei. Der Stadtrat habe sich zudem entschieden, die laufende Erarbeitung des städtebaulichen Gutachtens zu sistieren. Für mich ist dieses Vorgehen höchst befremdend. Noch im Frühjahr erachtete es der Stadtrat als wichtig, ein Gutachten zu erstellen.

Die Arbonerinnen und Arboner wurden zu Geduld aufgefordert, weil es wichtig sei, eine solide Basis zu haben. Ein halbes Jahr später ist nun diese Basis nicht mehr so wichtig. Dafür zaubert der Stadtrat eine neue Idee aus dem Hut und will nun in einer kleinen Runde vermitteln. Nach meiner Ansicht hätte diese Vermittlung schon viel früher eingeleitet werden können. Hier wurden Ressourcen verschwendet. Bei der Verwaltung, bei den involvierten Interessengemeinschaften, welche sich zum Gutachten haben vernehmen lassen und bei den externen Beauftragten. Mich interessiert, wie dieser Sinneswandel zustande kommt. Mir scheint es naheliegend, dass uns hier nicht alle Informationen zugänglich gemacht wurden. Irgendeine neue Erkenntnis muss ja vorliegen, wenn man plötzlich die Strategie ändert. Meine drei konkreten Fragen: Gab es einen Zwischenbericht der Gutachterin? Wenn ja, könnte der Stadtrat dem Parlament diesen Zwischenbericht zukommen lassen? Wenn nein, was waren die Gründe für diese erneute Kursänderung? Da diese Medienmitteilung erst gestern erschien, konnte ich die Frage leider nicht früher einreichen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Vielen Dank für diese Fragen. Ich versuche, sie zusammen zu beantworten und eben auch in der gebotenen Kürze. Der Stadtrat freut sich in der Tat, dass es jetzt gelungen ist, wesentliche Akteure dieses Prozesses an einen runden Tisch zu bekommen und dass darüber hinaus sogar noch der Generalsekretär des Departements für Bau und Umwelt, also die Nr. 2 des kantonalen Departements sich hier persönlich engagieren will, um zu schauen, ob es nach Jahren des Dauerstreits nicht vielleicht doch einen gemeinsamen Weg gibt. Ich kann Sie einfach nur alle dazu aufrufen, diesem runden Tisch wirklich eine Chance zu geben, damit dieser jetzt auch in Ruhe arbeiten kann. Eine Erfolgsgarantie gibt es natürlich nicht, das versteht sich von selbst. Aber wie gesagt oder in der Medienmitteilung – übrigens, diese sind nie von mir persönlich, der Stadtpräsident kann sicher relativ viel, aber nicht solche Entscheide treffen und auch die Medienmitteilungen und Entscheide sind natürlich vom Gesamtstadtrat – ausgeführt, hat sich im Verlauf dieses Sommers gezeigt, dass sich hier wirklich die notwendige Flexibilität jetzt wirklich eingestellt hat. Vor einem Jahr hätte ich die Chancen eines solchen runden Tisches nicht als sehr hoch eingeschätzt, das hat sich zwischenzeitlich doch sehr geändert. Ich kann hier nicht in die Details gehen, um hier nicht einzelne durch entsprechende Erwartungshaltungen schon im Vorfeld zu belasten. Diese Gespräche sollen jetzt wirklich möglichst ungestört stattfinden. Sie sind auch ergebnisoffen angelegt. Wir werden sehen, was hier herauskommt. Diese Gespräche haben natürlich nur eine Chance, wenn sich die Seiten auch vorbehaltlos darauf einlassen und nicht immer noch ein bisschen auf diesen Begutachtungsprozess schielen. Deshalb ist es natürlich wichtig, dass dieser momentan sistiert ist und jetzt auch mal sistiert bleibt. Ich muss auch da um Verständnis bitten, dass ich dazu auch keine weiteren Fragen beantworten will. Denn wie gesagt, jetzt geht es darum, dass dieser runde Tisch ruhig und ungestört stattfinden kann und da stören derartige Fragen letztlich halt und von da her muss ich eben um Verständnis bitten, dass ich da nichts weiter dazu sagen möchte.

Ruth Erat, SP/Grüne: Wer als verheiratete Frau nach einstiger früherer Vorschrift mit dem gemeinsamen Familiennamen des Mannes lebt, irgendwann wie ich nach Arbon zieht, erlebt auf Abstimmungen hin immer wieder Erstaunliches. Denn was sie, diese Frau, von der politischen Gemeinde erhält, sind lediglich Stimmausweis und die auszufüllenden Papiere. Wenn diese nicht in eine Informationsschrift integriert sind, sucht die Frau vergeblich nach Unterlagen. Worum es geht, soll man wohl im Internet selbst recherchieren, denkt sie zunächst und sucht fleissig Informationen. Doch irgendwann entdeckt sie, dass auch in Arbon Abstimmungsbüchlein geliefert werden. Nur eben nicht an Ehefrauen, die den Namen ihres Mannes tragen. Das scheint eine Arboner oder vielleicht Thurgauer Eigenheit zu sein, eine Erinnerung an die alten Zeiten, als man den Frauen das sinnentnehmende Lesen nicht zutraute. Also gleichsam ein Stück Folklore. Natürlich ist mir die Geschichte des Lesens bekannt und ich kenne auch selbstverständlich das Misstrauen gegenüber Frauen, auch die entsprechende Argumentation oder die verschiedenen Argumentationsketten. Doch heutige Untersuchungen zeigen, es sind oft die Frauen, die lesen und den Kindern das Lesen weitergeben. Zudem leben wir hier in der Nähe der Stiftsbibliothek und haben über die Gallusfigur auch einen besonderen Bezug zum Kloster St. Gallen und seiner Schreib- und Lesetradition, wissen sicherlich, dass hier im 10. Jahrhundert eine Frau, die Wiborada, ihr Leben liess, weil sie die Bibliothek mit ihrem einmaligen Schatz an frühen

Handschriften vor den brandschatzenden Hunnen rettete. Gemäss neueren Erkenntnissen, weil sie über die politischen Verhältnisse gut informiert war. Wäre das allein nicht schon Grund genug, den Frauen die selbstständige Lektüre der Informationsbroschüren zuzumuten? Könnte man also auf das kommende Festjahr 50 Jahre Frauenstimmrecht für das nächste halbe Jahrhundert das System wenden? Die Frauen, die seit 50 Jahren auch politisch aktiv sind, hätten das gewiss verdient. Ich danke für eine Antwort.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Danke auch für diese Frage bzw. das Aufgreifen einer Arboner Spezialität. Wir sind parallel selbst bereits auf dieses Problem gestossen und wir haben bei verschiedenen Thurgauer Gemeinden nachgefragt. Offenbar sind wir die einzige Gemeinde im Thurgau, die diese Praxis kennt, zumindest keine der angefragten Gemeinden verfährt gleich wie wir. Der Stadtrat hat deshalb beschlossen, diesen Anachronismus auf den nächstmöglichen Abstimmungstermin zu beenden. Ich kann Ihnen deshalb die Ankündigung machen, dass im Hinblick auf das erste Abstimmungswochenende des neuen Jahres 2021 alle Stimmberchtigten nicht nur ihr Stimmcouvert mit Stimmrechtsausweis, sondern auch die anderen Abstimmungsunterlagen erhalten werden, wie das auch in allen anderen Thurgauer Gemeinden Praxis ist und nach unserer Beurteilung auch rechtlich so zwingend ist. Ich mache einfach noch die Anmerkung, dass wir nicht zuständig sind für den Versand der Unterlagen unserer Schul- und Kirchgemeinden. Das betrifft die Stimmunterlagen des Bundes, des Kantons und der politischen Gemeinde Arbon.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Bevor ich zu meiner Frage komme, möchte ich eines noch klarstellen. Damals, als das entschieden worden ist, dass nur noch eine Person im Haushalt – leider wurde damals entschieden der Mann, mich ärgert das seit Jahrzehnten – ist das geschehen, zumindest soweit mich mein Gedächtnis nicht im Stich lässt, auf Antrag einer SP-Politikerin aus Umweltschutzgründen, weil man Papier sparen wollte. Klar, man kann so etwas überdenken. Ich ärgere mich seit Jahrzehnten darüber, aber das war damals der Hintergrund mit bestem Wissen und Gewissen. Man wollte keine Frauen benachteiligen. Ich habe immer gedacht, man hätte jedes Jahr wechseln können, dann wäre das gerecht gewesen, aber Fakt ist, es waren Umweltschutzgründe, es war eine Papiersparmassnahme. Es war nie die Idee, dass man Frauen benachteiligt. Aber ich verstehe, mich ärgert das seit Jahrzehnten, denn ich wusste immer, dass es im Couvert meines Ehemanns ist. Das hat im Übrigen nicht nur mit dem Namen zu tun. Ich habe meinen Namen behalten, bekomme aber die Stimmunterlagen auch nicht persönlich. Aber das war der Hintergrund.

Lukas Auer, CVP/EVP: Entschuldigung! Es wird nicht diskutiert, aber danke. Bitte stelle deine Frage

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Zu meiner Frage:

1. Ist für den Frühling/Sommer 2021 eine gastronomische Zwischennutzung auf dem Hafendamm, ehemaliger Kiesplatz vorgesehen?
2. Was hat der Stadtrat unternommen oder wird er noch unternehmen, dass im Sommer 2021 der Kiesplatz auf dem Hafendamm gastronomisch genutzt werden kann?
3. Falls der Stadtrat keine solche Nutzung anstrebt, was sind die Gründe für seine ablehnende Haltung?

Neidvoll blicken die Arbonerinnen und Arboner rund um den Bodensee auf die vielen saisonalen Pop-up Strand- und Beachbars, die überall zum allabendlichen See-Feeling einladen. Während in Arbon das Fliegerdenkmal und die angrenzenden Wiesen toll mit Kino, Zirkus, Summer Days bespielt werden, liegt der ehemalige Kieslagerplatz auf dem Hafendamm seit Jahren brach. Derweil träumen immer mehr Arbonerinnen und Arboner von einem Feierabendbier oder einem Glas Wein mit Blick in die malerische Bucht von Steinach. Wer grosse Träume hat, könnte sich sogar statt des früheren Kieses etwas Sand unter den Füßen und einen coolen Drink mit leckeren Häppchen vorstellen. Puff – und der Traum zerplatzt Jahr für Jahr. Zwar stehen an dieser malerischen Ecke direkt bei der Hafeneinfahrt mit Blick auf die Weiten des Schwäbischen

Meeres keine Kieshaufen mehr, Sand und Drinks aber auch nicht. Eine Verschwendug, finden viele. Eine ungenutzte Gelegenheit gerade in Zeiten, in denen wir alle nicht mehr einfach ans Meer reisen können oder wollen, um unsere Füsse in den Sand zu strecken. Dies gilt umso mehr, als auf dem Hafendamm Strom, Wasser und sanitäre Anlagen vorhanden sind. Vor diesem Hintergrund drängen sich die eingangs gestellten Fragen auf und werden dringend, damit nach dem Sommer 2021 nicht auf eine weitere verpasste Gelegenheit geblickt werden muss. Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Vielen Dank auch für diese Fragen. Wie wir letzte Woche kommuniziert haben, werden wir unter anderem genau zu dieser Frage am 10. November 2020 eine Infoveranstaltung durchführen, wozu Sie alle herzlich eingeladen sind. Da werden wir auch ganz ausführlich zu dieser Thematik Stellung nehmen. Allerdings werden nur 50 Teilnehmer zugelassen.

An dieser Stelle zu den gestellten Fragen vorab in Kürze das Folgende:

1. Ja, der Stadtrat möchte auf dem Hafendamm Zwischennutzungen ermöglichen. Die entsprechende Ausschreibung wird demnächst erfolgen. Ob es dann bereits für den Sommer 2021 gelingt, da konkret eine Zwischennutzung hinzubekommen, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die wir nicht alle selbst beeinflussen können. Es ist unser erklärtes Ziel, ob wir es auch schaffen, das werden wir sehen. Eine Garantie gibt es auch dafür nicht.
2. Der Stadtrat befürwortet die Ausschreibung. Er hat am 2. November entsprechend beschlossen, diese wird nächstens erfolgen. Der Kanton wird auf sein Vetorecht, das er in diesem Bereich hat, verzichten, da wir parallel eine professionelle Masterplanung für das ganze Seeufergebiet am Aufgleisen sind. Das ist der grosse Fortschritt, dass eben jetzt der Kanton im Gegensatz zu früher solche Zwischennutzungen zulässt, wenn sie mit ihm koordiniert sind. Das war früher eben anders.
3. Der Stadtrat nimmt keine ablehnende Haltung ein.

Heidi Heine, SP/Grüne: Angesichts der neusten Entwicklungen der COVID-Fallzahlen wäre vorbildlich, wenn die Stadt Arbon Bürgerinnen und Bürgern die Teilnahme an Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen online, zum Beispiel via Zoom oder einen anderen Anbieter ermöglichen könnte. Meine Frage dazu: Besteht diese Möglichkeit bereits und falls nicht, beabsichtigt der Stadtrat, das zeitnah einzurichten?

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Vielen Dank auch für diese Frage, auf die ich dann noch unter dem Traktandum „Mitteilungen aus dem Stadtrat“ zurückkomme. Wie viele andere Veranstalter ist derzeit natürlich auch der Stadtrat mit der Frage konfrontiert, welche Veranstaltungen stattfinden sollen, welche nicht und die, die stattfinden, unter welchen Bedingungen. Für uns ist Leitlinie, dass wir die Anlässe, die wir für unsere Arbeit brauchen, damit wir vorankommen, auch durchführen wollen, die anderen auf der anderen Seite dann eben nicht. Aber die, die wir durchführen wollen, wollen wir eigentlich auch wirklich persönlich mit den Leuten durchführen. Die Vorgaben sind da klar, diese Vorschriften werden selbstverständlich von uns eingehalten und sollten ja auch gewährleisten, dass dann an solchen Anlässen auch keine Ansteckungsgefahr besteht. Von da her fahren wir grundsätzlich nicht parallel. Wenn wir wirklich finden, es ist nötig, dass wir das unter Wahrung aller Vorschriften durchführen, machen wir nicht noch ein Online-Angebot. Es gibt auch Veranstaltungen, wo fraglich ist, ob die Teilnehmerzahl von 50 reicht. Das ist zum Beispiel im Hinblick auf das Podium vom nächsten Samstag fraglich, da prüfen wir jetzt aktuell, ob wir da ergänzend eine Online-Schaltung einrichten könnten.

9. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi, CVP: Ich habe es bereits angedeutet, ich habe verschiedene Hinweise zu Veranstaltungen, die stattfinden oder eben auch nicht. Der Arboner Museumskulturtag musste leider abgesagt werden.

Hingegen wird das Podium, welches am 7. November 2020 um 10 Uhr in der Webmaschinenhalle stattfinden wird und prominent besetzt ist, unter Einhaltung der bereits erwähnten COVID-19-Vorschriften durchgeführt.

Die auf den 24. November 2020 geplante Dialogveranstaltung zu den Legislaturzielen wird auf Frühling 2021 verschoben, sofern sich die Situation bis dahin entspannt hat.

Die Neujahrsbegrüssung vom 3. Januar 2021 muss leider entfallen.

Hingegen machen wir trotzdem einen Aufruf für Nominierungen der Arbonerin oder des Arboners des Jahres. Wir sind der Auffassung, dass es gerade auch in einem solchen Jahr Sinn macht, diese Ehrung vorzunehmen. Hingegen wird die Überreichung des Preises nicht in dieser Neujahrsbegrüssung stattfinden können und selbstverständlich auch nicht in einem anderen festlichen Kontext, wir werden das im Rahmen eines kleinen Empfangs für den Gewinner oder die Gewinnerin durchführen und da entsprechend voraussichtlich mit einem Livestream die Öffentlichkeit daran teilhaben lassen.

Lukas Auer, CVP/EVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Postulat „Nutzung Schwimm- und Strandbadgelände im Winter“ von Cyril Stadler, Peter Künzi, André Mägert und Riquet Heller, alle FDP/XMV wurde mit 16 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Nun sind wir am Schluss unserer heutigen Sitzung. Ich bedanke mich für diese gute Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 15. Dezember 2020 statt. Infolge von COVID-19 findet jedoch im Anschluss an die Dezembersitzung kein Apéro statt.

Ich möchte mich nochmals bedanken für diese gute Sitzung, denn nur zusammen können wir gemeinsam nach vorne gehen und Arbon weiterbringen. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und gute Gesundheit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung um 20.50 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Lukas Auer

Die Parlamentssekretärin:

Nadja Holenstein